

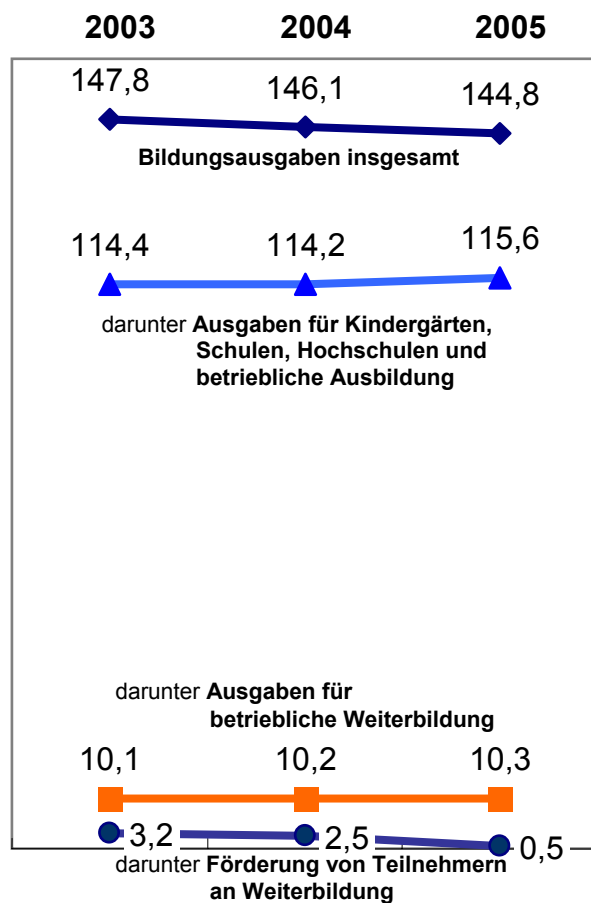


Informationen für die Bildungs- und Berufsberatung

Ausgabe Nr. 19 vom 9. April 2007
Die iBB im Internet: www.Kohnpage.de/iBB

Bundesagentur drückt Bildungsausgaben Deutschlands ins Minus

Quelle: Pressemitteilung des Statistischen
Bundesamts vom 4. April 2007



Daten: Statistisches Bundesamt
Grafik: iBB

Inhalt

Bundesagentur drückt Bildungsausgaben Deutschlands ins Minus	1
Industriearbeitsplätze in der Medizintechnik wachsen gegen den Trend	3
Zwei neue Ausbildungsberufe für die Automatenwirtschaft	5
Faszination Geisteswissenschaften. HU-Präsident Markschies: Fächer müssen sich mehr inszenieren	6
BAföG-Minus	10
Zahlreiche Chancen auf Stipendien. Sponsoren fürs Studium. Stiftung Warentest bietet ein Informations-Special	11
Böckler-Aktion Bildung ermutigt Talente aus ärmeren Familien zum Studium	12
Betriebspraktika: Auf Umwegen zum Ziel	14
Girls' Day - Mädchen-Zukunftstag 2007	15
Auf dem Weg den „psychologisch gedrückten Preis“ für akademische Arbeit zu brechen	19
BA informiert mit BRAVO	20
Zukunft der Bildungs- und Berufsberatung. Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage im Deutschen Bundestag	21
Stiftung Warentest erteilt KURSNET die Note „gut“	29
Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt: Eine Analyse von Beständen und Bewegungen	30
Neue Analysen zu den Arbeitsmärkten für Sozialwissenschaftler, Marketingexperten und Gesundheitsberufe	31
Wo sind bloß die Ausbildungsplatz-Bewerber geblieben?	32
Leichte Entspannung am Lehrstellenmarkt	33
Veranstaltungshinweise	34
Impressum	35

Rund 145 Milliarden Euro für Bildung im Jahr 2005


Nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes wurden im Jahr 2005 in Deutschland 144,8 Milliarden Euro für Bildung ausgegeben (2004: 146,1 Milliarden Euro). Das entspricht einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 6,5% (2004: 6,6%). Während die Ausgaben für Bildungseinrichtungen (Kindergärten, Schulen und Hochschulen, berufliche Ausbildung) von 114,2 Milliarden Euro im Jahr 2004 auf 115,6 Milliarden Euro im Jahr 2005 erhöht wurden, gingen die öffentlichen Ausgaben für die Förderung der Weiterbildung zurück. Dieser Rückgang ist auch auf geringere Bildungsausgaben der Bundesagentur für Arbeit zurückzuführen (- 3,8 Milliarden Euro), die nur teilweise durch Ausgabenanstiege in anderen Bereichen kompensiert wurden.

Angaben über die Finanzierungsstruktur liegen für das Jahr 2004 vor. Danach wurden die Bildungsausgaben 2004 in Höhe von 146,1 Milliarden Euro zu knapp 76% aus den öffentlichen Haushalten (Bund: 10%, Länder: 50%, Kommunen: 16%) und zu 24% vom privaten Bereich finanziert.

Grundlage dieser Ergebnisse sind die Berechnungen des Statistischen Bundesamtes zum Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft, dem zahlreiche amtliche und nicht-amtliche Datenquellen zugrunde liegen.

In der jetzt erstmalig veröffentlichten Neukonzeption besteht das Bildungsbudget aus einem international abgegrenzten Kernbereich mit Ausgaben von 128,9 Milliarden Euro im Jahr 2005, dem die internationalen Definitionen von Unesco, OECD und Eurostat zugrunde liegen. Hier werden die Ausgaben für Kindergärten, den Schul- und Hochschulbereich, die berufliche Ausbildung, die Bildungsförderung und für Bildungsgüter erfasst. Darin enthalten sind auch die Ausgaben für Forschung und Entwicklung der Hochschulen in Höhe von 9,3 Milliarden Euro. Darüber hinaus werden in einem zusätzlichen Teil bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung in Höhe von 15,9 Milliarden Euro berücksichtigt, die insbesondere für Weiterbildung, Jugendarbeit, Kinderkrippen und -horte anfallen.

Angesichts dieser Ergebnisse wird deutlich, dass es nach der – richtigen und wichtigen – Stimulierung des Marktprinzips in der öffentlich finanzierten Weiterbildung (unter anderem durch Einführung des Bildungsgutscheins und des Zertifizierungsverfahrens) und nach der – richtigen und wichtigen – Einforderung von Integrationserfolgen nach arbeitsmarktpolitisch begründeter Weiterbildungsförderung nun der standort- und bildungspolitischen Nachsteuerung bedarf.


**Der Volltext der Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes
Budget
für Bildung,
Forschung und
Wissenschaft
2004/2005**

vom April 2007

kann im Internet kostenlos abgerufen werden unter der Adresse:

<http://www.destatis.de/download/d/biwiku/budget.pdf>

Industriearbeitsplätze in der Medizintechnik wachsen gegen den Trend

Quelle: Deutsche Bank Research
Aktuelle Themen 369
vom 27. Oktober 2006

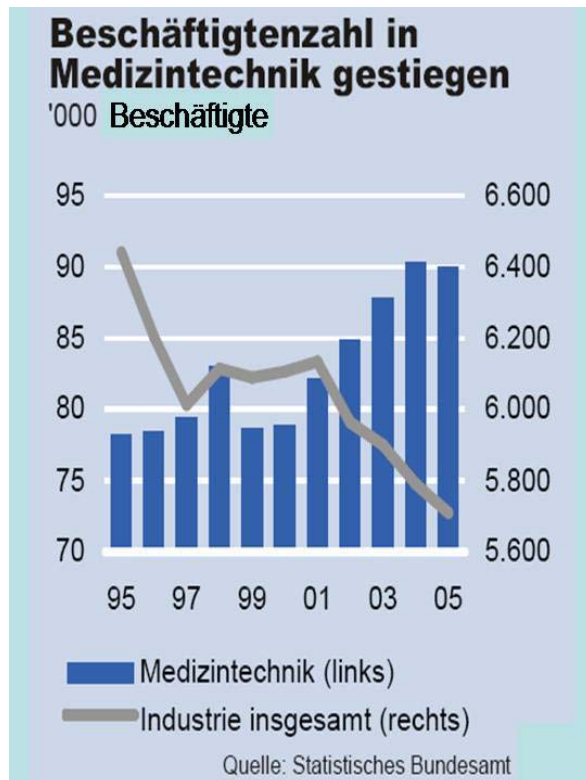


Schaubild 7 – um Flüchtigkeitsfehler in der Legende bereinigt

Es ist richtig und wichtig, auch in der Bildungs- und Berufsberatung auf den Strukturwandel hinzuweisen und also auch darauf, dass die Zahl der Arbeitsplätze in der Verarbeitenden Industrie am Standort Deutschland tendenziell fällt, die Arbeitsplätze und die Berufsvielfalt in den vielfältigen Zweigen des Dienstleistungssektors aber deutlich wachsen. Zwei Fehlschlüssen muss dabei aber aktiv vorgebeugt werden.

Zum ersten: Das ist kein Zeichen des Niedergangs für den Beschäftigungsstandort Deutschland: In den acht Jahren 1999 bis 2006 ist die Zahl der Arbeitsplätze in drei Jahren gefallen, in den fünf anderen aber gestiegen, die

Summe aller Arbeitsplätze lag 2006 bei 39,1 Millionen, 1999 waren es noch 38,4 Millionen gewesen. Für 2007 erwartet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ein weiteres Wachstum um 0,8 Prozent auf dann 39,4 Millionen. Das Wachstum in den Dienstleistungsberufen reicht also allemal aus, um das Einsparen menschlicher Arbeitskraft in der Verarbeitenden Industrie mehr als wett zu machen.*

Zum zweiten: Dass die Arbeitsplätze in der Verarbeitenden Industrie tendenziell in der Summe zurückgehen, bedeutet natürlich nicht, dass es für den Nachwuchs in diesem Sektor keine Chance mehr gäbe. Gleich drei Punkte sprechen dagegen: Erstens gibt es natürlich auch in der Verarbeitenden Industrie stark besetzte Altersjahrgänge von Mitarbeitern, die in den nächsten Jahren gleichzeitig in Rente gehen werden – und entsprechenden Ersatzbedarf an neuen Arbeitskräften auslösen werden. Zweitens gibt es gerade in den stark technologiegetriebenen Branchen der Güterproduktion hohe Nachfrage nach frischen und höheren Qualifikationen. Und schließlich: Es gibt natürlich auch innerhalb der Vielfalt verarbeitender Industriezweige solche, deren Absatzmärkte, deren Umsatz und deren Beschäftigungskraft deutlich zunehmen. Die Medizintechnik gehört dazu, aber zum Beispiel auch alle Branchen rund um die CO₂ vermeidende Energieerzeugung.

Wenn die iBB solche Branchenberichte weitergibt, dann also nicht mit dem Tenor „Hier geht ausnahmsweise noch etwas.“, sondern mit dem Tenor „Hier geht besonders viel.“ Und so nun im Folgenden die Zusammenfassung der Ergebnisse aus der Forschungsabteilung der Deutschen Bank:

Starkes Wachstum programmiert.

* Alle Zahlen aus der aktuellen IAB-Projektion des Arbeitsmarktes 2007, veröffentlicht als IAB-Kurzbericht Nr. 5/2007, im Internet als Volltext unter <http://doku.iab.de/kurzber/2007/kb0507.pdf>

Die Medizintechnik aus Deutschland hat sich im immer schärfer werdenden Wettbewerb bisher gut behauptet. In den vergangenen zehn Jahren expandierte der Umsatz um rd. 7% p.a. auf EUR 15 Mrd. Weltweit steht die Branche damit an dritter Stelle hinter den USA und Japan. Bis 2015 rechnen wir mit einem leicht beschleunigten Wachstum von 8% p.a.

Hoher F&E-Anteil am Umsatz.

Zu dem beachtlichen Umsatzplus trägt der erhebliche Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Umsatz von gut 8% bei (gesamte Industrie: 4%). Rückenwind bekommt die Medizintechnik auch von der großen Zahl von Forschungseinrichtungen in Verbindung mit regionaler Clusterbildung sowie der Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.

Impulse durch neue Technologien.

Die mittelfristige Entwicklung ist durch eine Miniaturisierung im Segment Elektromedizintechnik gekennzeichnet, was zu weiteren Einsatzfeldern führt. Dazu zählen eine neue Generation von Ultraschallgeräten und Herz-

schrittmachern sowie Erzeugnisse auf Basis der Nanotechnologie.

Exportgeschäft boomt.

Der Außenhandel bleibt die treibende Kraft. In den vergangenen zehn Jahren nahm der Auslandsumsatz um jährlich 12% zu; die Exportquote stieg von 41 auf 63%. Diese Dynamik dürfte sich angesichts der attraktiven Produktpalette in Zukunft fortsetzen. In lukrativen Marktsegmenten zählen deutsche Hersteller weltweit zur Spitzenklasse.

Inlandsnachfrage eher verhalten.

Dagegen bleibt das Inlandsgeschäft schwach. Bislang wirkt sich für die Medizintechnik in Deutschland der Investitionsstau von EUR 30 Mrd. infolge von Finanzierungsproblemen in Krankenhäusern und Arztpraxen nachteilig aus. Dieser dürfte sich erst allmählich auflösen. Auf mittlere Frist begrenzt die Zusammenlegung von Arztpraxen in ärztlichen Gemeinschaftspraxen sowie Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) die Nachfrage nach Medizintechnik.



Der Volltext dieser Studie von

Uwe Perlitz:

***Deutsche Medizintechnik: Exportdynamik ungebrochen
(= Deutsche Bank Research Aktuelle Themen 369 vom 27. Oktober 2006)***

kann im Internet kostenlos abgerufen werden unter der Adresse:

http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD0000000000203672.pdf

FACHKRAFT FÜR AUTOMATENSERVICE (zweijährige Ausbildung) AUTOMATENFACHMANN / AUTOMATENFACHFRAU (dreijährige Ausbildung) Zwei neue Ausbildungsberufe für die Automatenwirtschaft

Quelle: Pressemitteilung des Bundesinstitut für Berufsbildung vom 30. März 2007

Ob in der Bank, im Bahnhof, im Büro oder nicht zuletzt in der Freizeit: Automaten - zum Beispiel Geld-, Ticket-, Waren-, Zeiterfassungs- oder Spielautomaten - sind aus unserem täglichen Leben nicht mehr wegzudenken. Doch mit dem technischen Fortschritt dieser Dienstleistungs- und Unterhaltungsgeräte steigen auch die Anforderungen an die Beschäftigten. Die bestehenden Ausbildungsberufe werden als nicht ausreichend für die Qualifizierung der benötigten Fachkräfte bzw. zur weiteren Deckung des Fachkräftebedarfs angesehen. Im Auftrag der Bundesministerien für Wirtschaft und Technologie sowie für Bildung und Forschung erarbeitet das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) daher gemeinsam mit Sachverständigen aus der Branche zwei neue Ausbildungsberufe für die Automatenwirtschaft: die „FACHKRAFT FÜR AUTOMATENSERVICE“ (zweijährige Ausbildung) sowie den „AUTOMATENFACHMANN“ / die „AUTOMATENFACHFRAU“ (dreijährige Ausbildung). In beiden neuen Berufen soll spätestens ab August 2008 ausgebildet werden können. Einsatzmöglichkeiten für die neuen Berufe bestehen vor allem in Unternehmen der Automatenwirtschaft, aber auch in Verkehrsunternehmen, gastronomischen Betrieben oder bei Betreibern von Spielstätten und Freizeiteinrichtungen. Derzeit sind in der Automatenwirtschaft rund 100.000 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen beschäftigt.

Die zukünftigen "Fachkräfte für Automaten-service"

- stellen betriebsfertige Automaten auf und schließen diese an,
- überprüfen die Funktion von Automaten, befüllen und entleeren sie,
- erkennen Störungen und deren Ursachen, beheben und dokumentieren sie,

- erklären Kunden die Funktion, weisen sie in die Bedienung ein und bearbeiten Reklamationen,
- führen Abrechnungen und Kassenabschlüsse durch,
- ermitteln Konsumverhalten und -bedarf und wirken bei Werbeaktionen mit,
- empfehlen Standorte für Gerätetypen unter Beachtung rechtlicher Vorschriften,
- reinigen und warten Automaten, tauschen Bauteile aus und
- führen Beratungs- und Verkaufsgespräche durch.

Die dreijährig ausgebildeten "Automatenfachleute" können darüber hinaus weitere Wahlqualifikationen aus dem kaufmännischen und/oder technischen Bereich erwerben. Im kaufmännischen Bereich sind dies Qualifikationen zu

- kaufmännischen Geschäftsprozessen,
- Marketing und
- Personalwirtschaft.

In technisch orientierten Betrieben können vertiefte Qualifikationen in der

- mechatronischen Installation,
- Instandhaltung und
- Informations- und Kommunikationstechnik erworben werden.

Es ist vorgesehen, dass erfolgreich ausgebildete "Fachkräfte für Automaten-service" nach einem weiteren Jahr Ausbildung auch den Abschluss "Automatenfachmann/Automatenfachfrau" erwerben können, wenn Betrieb und Auszubildender/Auszubildende dies wünschen.

Weitere Informationen im Internetangebot des BIBB unter

www.bibb.de/de/neue-berufe_27438.htm bzw.
www.bibb.de/de/neue-berufe_27437.htm

Faszination Geisteswissenschaften

HU-Präsident Markschies: Fächer müssen sich mehr inszenieren

Quelle: DeutschlandRadio Kultur
vom 5. Januar 2007

Zum Jahr der Geisteswissenschaften hat der Präsident der Humboldt-Universität Berlin, Christoph Markschies, von geisteswissenschaftlichen Fachrichtungen eine stärkere Orientierung am Publikum gefordert. Die Geisteswissenschaften müssten deutlich machen, dass sie ebenso wie die Naturwissenschaften faszinieren können, sagte der Theologe.

Holger Hettinger: "Lassen Sie mich durch, ich bin Germanist." Klingt schon seltsam, wenn man diesen nassforschen Medizinerspruch ummünzt auf die Geisteswissenschaft. Keiner würde so was sagen. Dabei können die Geisteswissenschaften schon etwas mehr Selbstbewusstsein vertragen. Sie stehen bei vielen Menschen im Ruf, Laberfächer zu sein ohne jeglichen Praxisbezug. Etlliche Disziplinen bluten finanziell aus, viele Universitäten ziehen Stellen bei den Geisteswissenschaften ab, die dann den Naturwissenschaften zugeschlagen werden. So geschehen zum Beispiel in Tübingen. Die Geisteswissenschaften in der Krise? Und das im Jahre 2007, das als Wissenschaftsjahr unter dem Motto steht, "Die Geisteswissenschaften - ABC der Menschheit". Wie man den Geisteswissenschaften ihre Bedeutung wiedergeben könnte, darüber spreche ich nun mit Professor Christoph Markschies, der Theologe ist Präsident der Berliner Humboldt Universität.

Herr Markschies, die Geisteswissenschaften haben immer weniger Geld, immer weniger Stellen, und eine Untersuchung im Auftrag des "Spiegel" hat ermittelt, die Absolventen gelten als schwerer vermittelbar als beispielsweise Naturwissenschaftler, es dauert länger, bis sie einen Job bekommen. Das Nachrichtenmagazin



Bildquelle: www.KunstundKultur.org

zin spricht gar von einem Lumpenproletariat und einem akademischen Prekariat. Wie begegnen Sie solchen Vorwürfen?

Christoph Markschies: Erstmal indem ich darauf hinweise, es ist Aufgabe des "Spiegel" Sachen so zuzuspitzen, dass sie Leser finden jeden Montag. Nein, ganz so dramatisch ist die Lage nicht. Die Geisteswissenschaften haben gewaltig ausgebaut, beispielsweise noch in den siebziger Jahren. Sie sind im Augenblick in einer Verteidigungsposition. Stellen Sie sich vor, im 19. Jahrhundert, wenn Sie das Wort "Goethe" genannt hätten, hätte jeder ehrfürchtig den Kopf gesenkt und gesagt, ja, muss erforscht werden, und das ist heute natürlich nicht mehr der Fall. Sie müssen für Geisteswissenschaften werben, Sie müssen verständlich machen, warum es sinnvoll ist, so etwas zu erforschen. Das ist über längere Zeit nicht gemacht worden, und insofern, das ist schon richtig in der Untersuchung beschrieben, gibt es Menschen, Sie haben vorhin so schön gesagt, die der Auffassung sind, das sind reine

Laberfächer. Dagegen muss etwas unternommen werden.

Hettinger: Was muss man denn unternehmen, um dieses Profil zu stärken?

Markschies: Sie müssen deutlich machen, dass genauso wie Naturwissenschaften elementar faszinieren können, wenn Sie einen Mediziner darüber sprechen hören, dass er zum Beispiel durch Elektroden im Gehirn die Parkinsonkrankheit behandelt, dann denken Sie immer sofort, entweder das könnte ich mal sein, der da behandelt wird, oder ich kenne jemanden sehr gut, der behandelt werden müsste, und diesen elementaren Grat der Faszination, den müssen Sie durch Geisteswissenschaften herstellen. Das heißt, Sie müssen deutlich machen, dass Geisteswissenschaften etwas zu einem besseren und qualitätsvolleren Leben beitragen können, dass sie etwas zu einem besseren Verständnis von Problemen der modernen Welt beitragen können, und zwar nicht einfach nur durch ständiges Reden, wie wir es gerade hier machen, sondern indem sie so faszinieren, wie Naturwissenschaften faszinieren, also indem sie mehr inszenieren und mehr aufführen.



Bildquelle: AP / DeutschlandRadio Kultur

Hettinger: Nun ist doch diese Überzeugungsarbeit doch eher in den Kinderschuhen, wenn man bedenkt, bei Personalchefs stehen Geisteswissenschaften eher niedrig im Kurs, und auch die akademische Welt, beispielsweise in der Diskussion um die Elite-Unis, da wurden

fast alle Teilanträge aus dem geisteswissenschaftlichen Bereich abgelehnt, maßgeblich waren fast ausschließlich technische, naturwissenschaftliche Inhalte. Diese Reform, diese Neuorientierungsentscheidung ist scheinbar noch nicht in Gang gekommen?

Markschies: Könnte man meinen. Aber das sind zwei verschiedene Probleme. Ich sage erstmal kurz was zu diesem Exzellenzwettbewerb und dann zu dem Thema, ob die Neuorientierung schon in Gang gekommen ist. Der Exzellenzwettbewerb ist dadurch, dass er Großkluster, zu Deutsch Haufen, fördert, eher ein naturwissenschaftlicher Wettbewerb. Geisteswissenschaften funktionieren vielfach so, dass einer oder eine sehr kleine Gruppe zusammensitzt und ein ganz kluges Buch schreibt, das Sie dann Weihnachten auf dem Tisch der Buchhandlungen finden und nach Weihnachten mit roten Ohren lesen. Der Exzellenzwettbewerb fordert Großverbände, und das ist nicht die Forschungsform der Geisteswissenschaften oder nicht ihre primäre. Insofern ist das nicht sehr verwunderlich. Außerdem entspricht die Menge der Dinge, die in den Exzellenzwettbewerben gefördert werden, in etwa auch dem Anteil, den das bei der DFG hat. Naturwissenschaftliche Forschung ist viel teurer. Also das ist nicht ein Hinweis darauf, dass die Umorientierung noch nicht in Gang gekommen ist, sondern man muss sagen, die Umorientierung hat längst schon begonnen, sie gelingt manchen besser und anderen schlechter. Wenn Sie zum Beispiel an die Archäologien denken, die machen inzwischen spektakuläre Ausstellungen, da kommen ungeheure Mengen von Leuten vorbei. Sie erwähnen immer in Ihrer Anmoderation die Germanisten, die noch nicht so fröhlich auftreten und sagen, hallo, ich bin Germanist, lassen Sie mich mal durch. Es gibt Fächer, die sind da schon weiter, und andere haben größeren Nachholbedarf, aber ich rechne damit, dass das Jahr der Geisteswissenschaften, was jetzt anbricht, noch mal da einen gewaltigen Schub geben wird, weil den Leuten deutlich wird, Aufmerksamkeit für Wissenschaft findet man nur, wenn man Wissenschaft auch so

serviert, dass es Spaß macht sie zu konsumieren.

Hettinger: Reicht es wirklich einfach nur zu sagen, wir machen jetzt mehr Werbung für die Geisteswissenschaften, wir wecken da jetzt mehr Verständnis. Sie haben gerade eben die Germanisten ins Feld geführt. Wolfgang Frühwald, der ehemalige Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, hat beispielsweise gerade der Germanistik vorgeworfen, ein völlig zersplittertes Fach zu sein, aufgliedert in viele Unterdisziplinen, von Deutschkunde bis Medientheorie. Ist unter diesen Umständen der Patient Geisteswissenschaft überhaupt noch heilbar, gibt es überhaupt noch so ein großes Ganzes, was diese Vielzahl an Fächern und Disziplinen zusammenhält?

Marschies: Das ist eine spannende Frage. Also es ist sicher schwierig, Sie finden heute kaum mehr jemanden, das ist ein allgemeines Pluralisierungsphänomen aller Wissenschaften, nicht nur der Geisteswissenschaften, Sie finden auch kaum mehr jemanden, der, sagen wir mal, als anorganischer Chemiker bereit ist, eine Großvorlesung über die Natur zu halten oder über den Menschen an und für sich. Was in den Geisteswissenschaften wieder stärker notwendig ist, ist ein gemeinsames Verständigen auf Standards, also dass die unterschiedlichen Disziplinen, die sich mit der Auslegung von Texten beschäftigen, also die Philologien, die Germanistik usw. sich stärker darüber verständigen, was ihre gemeinsamen Standards einer guten Textauslegung sind, wann ist ein Text zum Leuchten und zum Strahlen gebracht. Da besteht Notwendigkeit, dies gemeinsam zu tun, aber unter anderem gehört zum Programm des Jahres der Geisteswissenschaften eine Reihe solcher sehr öffentlichkeitswirksamer Konferenzen, wo sich unterschiedliche Geisteswissenschaften auf Standards verständigen. Sie haben Frühwald erwähnt, Frühwald hat gesagt, da kann man ihm nur nachdrücklich zustimmen, das Jahr der Geisteswissenschaften sollte auch nicht als großer öffentlicher Bußakt begangen werden, in dem Sinne, dass wir jetzt in Sack und Asche gehen müssen. Das ist überhaupt nicht

der Fall, sondern das ist eine ganz faszinierende Welt, und es sind meiner Ansicht nach nur an einigen Punkten, da aber auch entschlossene Korrekturen notwendig, damit Sie die Strahlkraft der Geisteswissenschaften besser sehen und wahrnehmen können, wenn Sie nicht in der Universität tätig sind.



Bild: www.Studienrichtung.de

Hettinger: Ich habe manchmal den Eindruck, dass diese Strahlkraft mit einigen wenigen Musterprojekten, die entsprechend spektakulär sind und beim Publikum gut ankommen, vermittelt werden, aber so die akademische Wirklichkeit sind immer noch Klein- und Kleinstpublikationen unter besonderer Berücksichtigung von irgendwas. Texte, auf gut Deutsch, die die Menschheit nicht sonderlich interessieren. Forschen die Geisteswissenschaftler am Publikum vorbei?

Marschies: Das müssen sie auch ein gutes Stück. Ich selber beschäftige mich mit der Antike. Wenn wir, sagen wir mal, eine Inschrift traktieren, also wenn ich begreiflich mache, was steht da drin und was bedeutet das, dann wird das das große Publikum nicht interessieren, und es wäre auch fatal, wenn man nur

solche Forschung machen würde, die immer sofort auf dem Marktplatz oder, sagen wir, in Berlin unter dem Fernsehturm in einem Zelt dargeboten werden kann und die Massen strömen. Sie müssen die großen, spektakulären Dinge, also was weiß ich, in der Antike ist die Rentenversicherung zusammengebrochen, und das ist nicht uninteressant, wenn man sich heutige Probleme der Rentenversicherung anguckt. Nur um dazu eine schwungvolle These vertreten zu können, müssen Sie auch Detailarbeit leisten, genauso in den Naturwissenschaften. Also bevor Sie durch Elektrodeneinsetzung Parkinson heilen können, müssen Sie auch zum Teil völlig unspektakuläre, wenig spannende Forschung machen. Darauf muss man auch beharren. Man muss nur Menschen erklären können, was die eigentliche Abzweckung ist, also was man nicht mehr machen darf, ist, was so im 19. und frühen 20. Jahrhundert üblich war, ich forsche, woran ich will, du hast mich gefälligst nicht zu befragen, lass mich in Ruhe. Das geht in Zeiten einer sehr geringen Finanzausstattung nicht. Sie müssen Auskunft darüber geben können, wozu ihre Detailforschung eigentlich sinnvoll ist.

Hettinger: Dieser Vergleich mit dem Parkinsonmedikament scheint Ihnen sehr zu gefallen. Deswegen frage ich Sie mal, wo sind denn die Geisteswissenschaften so wichtig, so rele-

vant wie beispielsweise beim Parkinsonmedikament?

Markschies: Also ich würde beispielsweise denken, das wird Sie nicht verwundern, dass ich das als Theologe sage, dass die Frage, wie Religionen friedlich zusammenleben können, eine der großen existenziellen Überlebensfragen der ganzen Weltgesellschaft, aber auch sehr vieler bis runtergebrochen in kleine Fragen Berlin-Pankow, Moscheebau, also wie Religionen zusammenleben können, ist eine existenzielle Frage der Gesellschaft, und insofern ist religionswissenschaftliche Forschung, die Ausbreitung von Kenntnisse über die verschiedenen Formen des Islam beispielsweise eine der Dinge, bei denen ich sagen würde, geisteswissenschaftliche Forschung ist genau so wichtig wie Parkinsonforschung. Wir werden in Deutschland jetzt eine historisch-kritische Koranausgabe beginnen an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften mit Kräften aus allen Berliner Universitäten. Das ist zum Beispiel eine bedeutsame Forschung, die vergleichbar ist den großen medizinischen Fortschritten.

Hettinger: Recht herzlichen Dank für das Gespräch.

BAföG-Minus

Die Quote der Geförderten sinkt, die Beträge bleiben hinter dem Bedarf zurück – der Beirat des Bundesbildungsministeriums kritisiert die Zurückhaltung beim BAföG.

Quelle: Boeckler Impuls Nr. 2 vom 14. Februar 2007

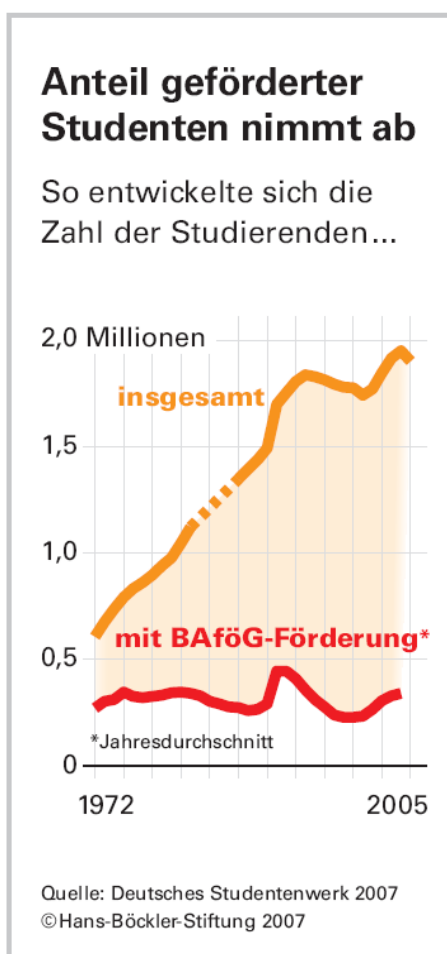
Der Anteil der Studierenden, die BAföG erhalten, ist leicht gesunken – von 2003 bis 2005 um einen halben Prozentpunkt auf 25,1 Prozent. Der Beirat für Ausbildungsförderung kritisiert im Anhang des aktuellen BAföG-Berichts der Bundesregierung diesen Rückgang. Zugleich warnt das Beratergremium des Bundesbildungsministeriums vor einem Ausbau der Studienförderung per Darlehen zulasten des BAföG, das nur zur Hälfte zurückgezahlt werden muss. Durch die verschiedenen Kreditformen komme es „zu einer Zersplitterung im System der Ausbildungsförderung“. Das Nebeneinander von Staatsdarlehen, KfW-Studienkrediten und BAföG-Bankdarlehen sei nicht transparent. In vielen Fällen drohe dem akademischen Nachwuchs eine dauerhafte Verschuldung. Die Hauptsorge des Beirats: „Zu befürchten ist, dass Personen aus einkommensschwächeren Haushalten auf diese Weise davon abgehalten werden, ein Studium aufzunehmen.“

Das Niveau der Förderleistung stagniert seit 2002, obwohl die Bundesregierung bereits in den Berichten der Jahre 2003 und 2005 die Notwendigkeit einer Erhöhung eingeräumt hat.

Die BAföG-Beträge werden in Anlehnung an die Lebenshaltungskosten und die Arbeitnehmereinkommen ermittelt.

Beide Größen sind in den vergangenen fünf Jahren gestiegen, eine Anpassung der Ausbildungsförderung blieb jedoch zum dritten Mal in Folge aus. Um das Niveau des Jahres 2002 zu erreichen, müssten die Bedarfsätze um 10,3 Prozent steigen. Denn laut Beirat beträgt der tatsächliche Bedarf eines Studierenden 514 Euro – und nicht 466 Euro, wie von der Regierung veranschlagt. Zudem sollten höhere Zuverdienste durch Studentenjobs möglich sein, ehe das BAföG reduziert wird, so der Beirat. Keinen Einfluss auf die Kalkulation der Höhe des BAföG haben die Studiengebühren. Denn laut Bundesverfassungsgericht müssen die Länder für die Sozialverträglichkeit der Gebühren sorgen, das BAföG ist aber eine Sozialleistung des Bundes.

Vom BAföG profitierten 2005 insgesamt 345.000 Studierende an Universitäten und Fachhochschulen sowie fast 200.000 Schüler an allgemein bildenden und Berufsfachschulen.



Zahlreiche Chancen auf Stipendien. Sponsoren fürs Studium Stiftung Warentest bietet ein Informations-*Special*

Quelle: *Finanztest* vom 12. Dezember 2006

www.Stiftung-Warentest.de

Um ein Studium zu finanzieren, brauchen Studierende meist jeden erreichbaren Cent. Nebenjob, Bafög und eine Unterstützung der Eltern bilden in der Regel die Basis der Studienfinanzierung. Ein Stipendium erhalten erst zwei Prozent aller Studierenden. Allerdings: mit steigender Tendenz. Eine solche Förderung bringt zwar neben zum Teil langwierigen Bewerbungsverfahren auch Mehrarbeit im Studium mit sich, doch der Aufwand lohnt. Schließlich müssen Absolventen das Stipendium im Gegensatz zum Bafög nicht zurückzahlen. Je nach Stipendienggeber gibt es dazu hilfreiche Angebote vom kostenlosen Sprachkurs bis zur Vermittlung von Praktika oder Unterstützung bei der Diplomarbeit. STIFTUNG WARENTEST online sagt, wo überall Stipendien zu finden sind, was sie bringen und wie sie zu haben sind.

Vielfalt bei Förderung

Neben den großen Begabtenförderwerken unterstützen eine Vielzahl kleiner Stiftungen Studenten mit einem Stipendium. Mehr als 1 750 fördernde Organisationen verzeichnet der Bundesverband deutscher Stiftungen. Verschiedenste Organisationen vergeben Stipendien: Parteien, Kirchen, der Staat, Wirtschaftsverbände, Firmen oder auch private Stiftungen. Die einzelnen Stipendien unterscheiden sich erheblich. Manch kleine Stiftung fördert nur wenige Studenten, die Studienstiftung des deutschen Volkes dagegen versammelt aktuell

mehr als 6 000 Stipendiaten unter ihrem Dach. Große Unterschiede gibt es auch bei der Förderung. Die Bandbreite reicht vom kostenlosen Internetzugang oder freier Unterkunft bis hin zu mehreren Hundert Euro monatlich.

Vielfalt bei Anforderungen

Die Anforderungen an Bewerber sind so vielfältig wie die Stipendienggeber. Gute Noten können bei der Auswahl ebenso eine Rolle spielen wie der Geburtsort, das Studienfach, die jeweilige Hochschule, der Beruf der Eltern oder zum Beispiel auch ein Ehrenamt in der Gemeinde. STIFTUNG WARENTEST online bietet einen Überblick über die Fördermöglichkeiten und gibt Tipps für die Suche nach dem passenden Stipendium.

Das *Special* liefert detaillierte Informationen zu den Themen:

- **Begabtenförderwerke:** Das erste Aufgebot
- **Private Stiftungen:** Klein, aber fein
- **Firmenstipendien:** Zwischen Theorie und Praxis
- **Auslandsstipendien:** Förderung für die Fremde
- **Stipendien für Ausländer und Behinderte:** Hilfe in schwieriger Lage
- **Forschungsstipendien:** Auf dem Weg zum Ziel
- **Zahlreiche Chancen auf Stipendien:** Tipps für die Suche

Hans-Böckler-Stiftung baut Stipendienprogramm aus **Böckler-Aktion Bildung ermutigt Talente aus ärmeren Familien zum Studium**

Quelle: Pressemitteilung der Hans-Böckler-Stiftung vom 12. Februar 2007

Die Hans-Böckler-Stiftung will mehr begabte junge Menschen aus ärmeren Familien zu einem Studium ermutigen. Dazu stockt sie ihr Stipendienprogramm deutlich auf. Die Stiftung, die bisher vor allem Studierende mit Berufserfahrung gefördert hat, wendet sich nun auch erstmals direkt an Abiturienten, Fachabiturienten sowie Schülerinnen und Schüler, die kurz vor dem Abschluss stehen.

Das zweitgrößte deutsche Begabtenförderungswerk reagiert mit seiner "Böckler-Aktion Bildung" auf die soziale Ungleichheit beim Zugang zu den Hochschulen. "Wir wollen verhindern, dass das Studium wieder zu einer Exklusiv-Veranstaltung für Kinder aus begütertem Elternhaus wird", sagt Dr. Wolfgang Jäger, der für die Studienförderung zuständige Geschäftsführer der Hans-Böckler-Stiftung.

Der allgemeine Trend geht in diese Richtung: Stammten Anfang der 80er Jahre 43 Prozent aller Studierenden aus der Ober- oder oberen Mittelschicht, waren es 2003 bereits 61 Prozent. Studiengebühren sind zusätzliche Hürden, die Talente aus ärmeren Familien von einem Studium abhalten: Obwohl sie es bis zur Hochschulreife geschafft haben, beginnen sie lieber eine betriebliche Ausbildung. Damit wird ein widersinniger Verdrängungsprozess verschärft, denn Deutschland braucht dringend mehr Fachleute mit Hochschulausbildung. Und wenn immer mehr Abiturienten auf den Ausbildungsmarkt streben, haben es Schülerinnen und Schüler mit einfachen und mittleren Schulabschlüssen noch schwerer, eine Lehrstelle zu finden.

Mittelfristig wird die Hans-Böckler-Stiftung 2100 junge Frauen und Männer mit Stipendien fördern - 500 mehr als bisher. Pro Monat erhalten Stipendiaten bis zu 605 Euro inklusive Bü-

chergeld. Die gemeinnützige Stiftung des Deutschen Gewerkschaftsbundes nutzt für den Ausbau der Studienförderung zusätzliche Gelder, die das Bundesbildungsministerium den Begabtenförderungswerken im Zuge seiner "Exzellenzinitiative" zur Verfügung stellt. "Es ist eben auch eine exzellente Leistung, wenn man als Kind einer bildungsbenachteiligten Familie den Hochschulzugang erreicht", sagt Jäger. Parallel erhöht die Stiftung auch ihre Eigenmittel für die ideelle Studienförderung. Sie fließen beispielsweise in studienbegleitende Seminare, Praktika und Studienaufenthalte im Ausland.

Derzeit verschickt die Hans-Böckler-Stiftung zehntausende Plakate und Flyer an Schulen in ganz Deutschland. Sie informieren unter dem Slogan "Du studierst, wir zahlen" über das neue Angebot: Bewerben können sich Studienberechtigte sowie Schülerinnen und Schüler der Abschlussklassen mit dem letzten Zwischenzeugnis.

Zentrale Kriterien für eine Förderung sind:

- **Wirtschaftliche Lage:** Das Familieneinkommen ist bei den Bewerbern so bemessen, dass ein vollständiger BAföG-Anspruch vorliegt.
- **Leistungsbereitschaft:** Die Bewerberin oder der Bewerber hat in der Schule besondere Leistungsfähigkeit und -bereitschaft gezeigt. Dabei spielen Noten eine Rolle, sie werden aber nicht abstrakt nach dem Durchschnitt beurteilt. Sehr wichtig ist auch, unter welchen Umständen die Leistungen erbracht wurden. Der Stiftung geht es um eine Gesamtwürdigung der Persönlichkeit.

- **Engagement:** Die Bewerberin oder der Bewerber müssen bereit sein, sich gesellschaftspolitisch zu engagieren. Das können sie beispielsweise in den Stipendiatengruppen der Stiftung tun, in Gewerkschaften oder in Initiativen.

Alle Informationen zur Böckler-Studienförderung und Bewerbungsunterlagen für die "Böckler-Aktion Bildung" auch im Netz. Abruf unter: www.boeckler.de/stipendium

Ein Plakat-Motiv zur neuen Böckler-Aktion-Bildung kann druckfähig aus dem Netzangebot der Hans-Böckler-Stiftung heruntergeladen werden. Abruf unter:

www.boeckler.de/pdf/bab_0702.pdf

Ansprechpartner in der Hans-Böckler-Stiftung

Dr. Wolfgang Jäger
Geschäftsführung Hans-Böckler-Stiftung
Tel.: 0211-7778-116
E-Mail: Wolfgang-Jaeger@boeckler.de

Betriebspraktika

Auf Umwegen zum Ziel

Jahr für Jahr wird ein Teil der offenen Stellen mit ehemaligen Praktikanten besetzt – Dieser Weg der Personalgewinnung wird am häufigsten im Dienstleistungssektor und bei Stellen mit mittleren Qualifikationsanforderungen genutzt

Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Nach einer Betriebsbefragung des IAB haben in den Jahren 2004 und 2005 insgesamt rund 300.000 Arbeitsuchende einen sozialversicherungspflichtigen Job über ein Praktikum gefunden. Das sind 3 Prozent aller Einstellungen in diesen zwei Jahren.

- Drei Viertel (76%) dieser Stellen verlangten eine gewerbliche/kaufmännische Berufsausbildung oder einen Fachschulabschluss, nur wenige eine Hochschulabschluss (15%). Bei einem Zehntel war kein Ausbildungsabschluss erforderlich.
- Dienstleistungsunternehmen stellen häufiger als andere Betriebe ehemalige Praktikanten ein. Besonders die kleinen Betriebe und jene in Ostdeutschland schätzen diesen flexibleren Weg der Personalgewinnung.
- Fast die Hälfte der ehemaligen Praktikanten war zwischen 30 und 40 Jahre alt, ein großer Teil war jünger (40%) und nur wenige älter (15%). Für die Jüngeren war das Praktikum größtenteils eine Station zwischen Ausbildung und fester Stelle. Die mittleren Jahrgänge waren vorher meist arbeitslos oder anderswo beschäftigt.
- Die Stellen der ehemaligen Praktikanten waren häufiger befristet (55%) als die der anderen eingestellten Beschäftigten (43%).
- Für eine Gesamtbeurteilung reicht die betriebliche Perspektive allein nicht aus. So wären auch die Bedingungen, unter denen Praktika durchgeführt werden, und die Sicht der Betroffenen genauer zu untersuchen.



Die Ergebnisse der Studie sind als IAB-Kurzbericht erschienen:

*Martina Rebien / Eugen Spitznagel:
Betriebspraktika: Auf Umwegen zum Ziel.*

(= IAB-Kurzbericht Nr. 7 vom 20. März 2007)

Sie kann im Internet kostenlos abgerufen werden unter der Adresse:

<http://doku.iab.de/kurzber/2007/kb0707.pdf>

Girls' Day - Mädchen-Zukunftstag 2007

Quelle: Gemeinsame Pressemitteilung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der EUROPÄISCHEN UNION / Europäischer Sozialfonds, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der INITI@TIVE D21, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V., des Deutschen Industrie- und Handelskammertages und der Bundesagentur für Arbeit vom 29. März 2007



Technik fasziniert - nicht nur Jungen, sondern auch Mädchen. Insbesondere wenn sie lebensnah und anregend vermittelt wird. Der Girls' Day bietet diese Gelegenheit. Seit dem Jahr 2001 laden Unternehmen und Organisationen Mädchen der 5. bis 10. Klassen zu Informationsveranstaltungen zu technischen und wissenschaftlichen Arbeitsfeldern ein. Ob Blinklicht-Platinen löten, Blumen in flüssigem Stickstoff erstarren lassen oder eine Internetseite erstellen - am Girls' Day ist für jeden Geschmack und für jedes Interesse etwas dabei.

Der 7. bundesweite Girls' Day - Mädchen-Zukunftstag findet am 26. April 2007 statt. Unternehmen, die sich noch beteiligen wollen sowie Mädchen, die sich über die vielfältigen Möglichkeiten in den technischen Berufen informieren möchten, können sich unter www.girls-day.de anmelden.

„Der Wettbewerb um Innovationen ist immer auch ein Wettbewerb um Talente“, so die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan. „Wir wissen, dass es einen enormen Nachholbedarf gibt: In Europa fehlen in den nächsten Jahren weit über eine halbe Million Forscherinnen und Forscher.“ Deshalb sollten alle jungen Talente gefördert werden. „Wenn wir Frauen nicht fördern, verschleudern wir ganz wichtige Talente und wissenschaftliche Innovation. Mit dem Girls' Day ha-

ben wir ein Instrument, speziell gut qualifizierte Mädchen auf diese spannenden beruflichen Möglichkeiten hinzuweisen“, so die Ministerin. Mit der Hightech-Strategie der Bundesregierung sei die Bedeutung qualifizierter Fachkräfte für technische und wissenschaftliche Berufe hervorgehoben worden. Hier sei das noch nicht ausgeschöpfte Begabungspotenzial von Frauen zu fördern.

„Junge Frauen sind heute ebenso gut ausgebildet wie gleichaltrige Männer. Wir müssen es schaffen, dass junge Frauen - und junge Männer - ihre Talente und Fähigkeiten optimal entfalten und gleichzeitig Beruf und Familie besser in Einklang bringen können“, sagt Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. „Das setzt voraus, dass sich Heranwachsende den Beruf aussuchen, der ihrem Interesse und ihrem individuellen Können entspricht, ohne dass sie sich dabei von Rollenklischees den Blick verstellen lassen“, so die Ministerin. „Der Girls-Day bietet den Mädchen die Chance, das ganze Spektrum an beruflichen Möglichkeiten zu erkennen.“

Am Girls' Day erfahren die Schülerinnen in den Unternehmen, dass es in technischen Berufen interessante und spannende Dinge zu entdecken gibt und dass sie solchen beruflichen Herausforderungen durchaus gewachsen sind. Ermutigt werden sie durch den Kontakt zu Frauen, die bereits in technischen Berufen arbeiten und ihnen damit Vorbilder bieten. Auch Frauen in Führungspositionen und selbstständige Frauen gewähren am Girls' Day Schülerinnen Einblick in ihren Arbeitsalltag. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zei-

gen, dass für Mädchen angebotene Aktionen in Schulen und Betrieben sehr erfolgreich sind.

Aber auch die Unternehmen profitieren vom Girls' Day: Ihre Personalverantwortlichen können sich vom Interesse und den Fähigkeiten der Mädchen überzeugen. Für sie ist der Girls' Day ein Tag der langfristigen Nachwuchssicherung. Denn das Interesse der Wirtschaft an Fachkräften ist groß: Allein die IT-Branche in Deutschland sucht derzeit 20.000 Spezialistinnen und Spezialisten.

Der Girls' Day - Mädchen-Zukunftstag wird gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds. Er ist eine Gemeinschaftsaktion mit der Initiative

D21, der Bundesagentur für Arbeit, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag, dem Zentralverband des Deutschen Handwerks und dem Bundesverband der Deutschen Industrie.

Weitere Informationen: www.girls-day.de

Pressekontakt

Dipl. Psych. Carmen Ruffer

Bundesweite Koordinierungsstelle Girls' Day - Mädchen-Zukunftstag

Kompetenzzentrum Technik - Diversity - Chancengleichheit e.V.

Wilhelm-Bertelsmann-Str. 10, 33602 Bielefeld

Telefon: 0521 / 106 7378 | Telefax: 0521 / 106 7377, eMail: ruffer@girls-day.de

Statements der Aktionspartner zum Girls' Day - Mädchen-Zukunftstag 2007

Raimund Becker, Mitglied des Vorstandes der Bundesagentur für Arbeit

„Mit immer besseren Qualifikationen haben Frauen in den letzten Jahren die Arbeitswelt erobert. Dennoch ist die Berufswahl junger Menschen immer noch geschlechtsspezifisch ausgerichtet und geprägt durch traditionelle Rollenbilder. Schon lange vor der Berufsorientierung und Berufswahl setzen in der Erziehung Mechanismen der geschlechtsspezifischen Sozialisation ein, die schließlich dazu führen, dass Mädchen sich bei der Berufswahl sehr viel größeren Einschränkungen unterwerfen als Jungen. Hier gibt der Girls' Day wichtige Impulse für Mädchen: Sie können sich ein realistisches Bild über technische und naturwissenschaftliche Berufe verschaffen und vielfach ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten auch gleich praktisch ausprobieren. Darüber hinaus sind in besonderer Weise aber auch die Eltern gefragt. Sie sollten ihre Töchter ermutigen, eine Ausbildung in den zukunftssträchtigen Berufsfeldern ins Visier zu nehmen. Die Agenturen für Arbeit bieten für Eltern eine Fülle von

Informationsangeboten. Denn gut informierte Eltern können ihre Kinder bei der Berufswahl besser unterstützen.“

Ingrid Sehrbrock, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Junge Frauen haben zwar die besseren Schulabschlüsse als ihre männlichen Altersgenossen. Dennoch wählen sie Ausbildungen oder Studienfächer mit geringen Zukunftsaussichten. Andererseits wird es ihnen nicht leicht gemacht, wenn sie sich in Männerdomänen vorwagen. In den neuen IT-Berufen sind Frauen gerade mal mit 13,2 Prozent vertreten. Auch der rückläufige Trend beim Ausbildungsplatzangebot wirkt sich gerade auf Frauen negativ aus. Sie landen in einer schulischen Ausbildung oder müssen sich mit ihrer Zweitwahl zufrieden geben. Auch bei der Übernahme nach abgeschlossener Ausbildung haben Frauen die schlechteren Karten. Am Mädchen-Zukunftstag lernen die Schülerinnen technische und wissenschaftliche Arbeitsbereiche

kennen, in denen sie gute berufliche Chancen vorfinden.

„Deshalb unterstützen wir Aktionen wie den Girls' Day, die Chancengleichheit schon in der Ausbildung fördern. Frauen wollen eigenständig am beruflichen und gesellschaftlichen Leben teilhaben“, so Ingrid Sehrbrock. „Der DGB gehört nicht nur zu den Initiatoren des Mädchen-Zukunftstags, sondern ist auch jedes Jahr mit eigenen Aktivitäten dabei. Bundesvorstand, Bezirke, Regionen und die meisten Gewerkschaften beteiligen sich mit zahlreichen Angeboten.“

Bernd Bischoff, Vorsitzender der Initiative D21, CEO und Präsident von Fujitsu Siemens Computers

„Deutschland muss sich noch stärker als erfolgreiche Informationsgesellschaft positionieren! Der Bedarf an gut ausgebildeten IT-Fachkräften ist groß. Derzeit sind in Deutschland rund 20.000 Stellen nicht besetzt. Dieser IT-Fachkräftemangel ist vor allem weiblich. In den entsprechenden Studiengängen und Ausbildungen liegt der Frauenanteil unter 20 Prozent, zum Teil gar unter zehn Prozent. Rein rechnerisch reduziert sich die Zahl der zukünftigen IT-Profis auf die Hälfte, wenn Frauen weiterhin von den interessanten Stellen ausgeschlossen werden, wie bislang häufig geschehen. Und das, obwohl Mädchen gute schulische Voraussetzungen mitbringen. Sie nutzen neue Kommunikationstechniken ganz selbstverständlich im Alltag. Wir müssen ihnen zeigen, dass es interessant und spannend ist, dieses Interessenfeld zum Beruf auszubauen. Deshalb engagiert sich die Initiative D21 schon seit 2001 als Partner beim Girls' Day - Mädchen-Zukunftstag.“

Ludwig Georg Braun, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK)

Immer mehr Frauen wollen Chefin werden: Die IHK-Organisation verzeichnet eine steigende Nachfrage von Frauen zum Thema Selbststän-

digkeit. Dabei haben es Frauen, die zunächst das Unternehmen "Familie" führen, schwerer als Männer, Gründungskapital anzusparen, Geschäftskontakte zu knüpfen oder sich unternehmerisches Know-how anzueignen. "Wir müssen Mädchen schon früh für Selbstständigkeit interessieren und bereits in den Schulen für Wirtschaft und Unternehmertum werben", so Ludwig Georg Braun. "Wir tun deshalb gut daran, die Potenziale der gut ausgebildeten Frauen stärker zu berücksichtigen. Das ist nicht nur für die Frauen selbst ein Gewinn: Es eröffnet auch zusätzliche Perspektiven für Unternehmen, die einen Nachfolger oder eben eine Nachfolgerin in der Chefposition suchen. Und derzeit gestaltet sich die Nachfolge immerhin bei mehr als 40.000 Unternehmen in Deutschland schwierig", so Braun. Der DIHK unterstützt auch deshalb den Girls' Day - Mädchen-Zukunftstag. Neben dem Ziel, Mädchen für technische Berufe zu gewinnen, sollen sie auch ermutigt werden, in ihrem späteren Berufsleben Führungspositionen anzustreben.

Dr. Dieter Hundt, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)

„Mädchen und junge Frauen verfügen heute über ein ausgezeichnetes Qualifikationsniveau. Die Wirtschaft hat dieses große Potenzial erkannt und nutzt es zunehmend für die Unternehmen. Damit wird auch der Anteil von Frauen in Führungspositionen weiter ausgebaut. Leider konzentriert sich das Berufswahlverhalten und die Studienwahl von jungen Frauen immer noch zu stark auf einige wenige Berufe und Studiengänge.

Der Girls' Day ist deshalb ein hervorragendes Instrument, Mädchen und junge Frauen über die vielfältigen Berufsmöglichkeiten in technischen und naturwissenschaftlichen Berufen zu informieren und Berührungspunkte abzubauen. Gleichzeitig können die Unternehmen den Kontakt zu potenziellen neuen Mitarbeiterinnen aufbauen. Die hohe Beteiligung sowohl der Mädchen als auch der Unternehmen spre-

chen eine klare Sprache: Der Girls' Day ist für beide Seiten ein Gewinn!"



Jürgen R. Thumann, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI)

„Obwohl Frauen heute so gut wie alle Berufswege offen stehen, erfolgt ihre Berufswahl eher nach traditionellen Mustern. Gerade in den Feldern, die echte Zukunftsperspektiven bieten, sind Frauen immer noch unterrepräsentiert. So liegt der Anteil der Studentinnen bei den Studienfächern Informatik, Maschinenbau und Elektrotechnik unter 20 Prozent. Positiv ist aber, dass die Anzahl der weiblichen Absolventen in den Ingenieurwissenschaften in den letzten Jahren gestiegen ist. Dies gilt es weiter auszubauen. Wir brauchen vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und des schon jetzt auftretenden Fachkräftemangels den gut qualifizierten weiblichen Nachwuchs. Mit dem Girls' Day wollen wir junge Frauen motivieren, neue Wege in ihrer beruflichen Entwicklung zu gehen.“

Otto Kentzler, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH)

„Männerberufe, Frauenberufe? Gibt es im Handwerk so nicht. Köpfchen war ja schon immer gefragt - doch die früher oft ebenso notwendige schiere Körperkraft braucht man heute nicht mehr. Schwere Lasten nehmen uns entsprechende Maschinen ab. Wenn es aber allein ums Köpfchen geht, haben junge Frauen überall gute Chancen - das zeigt die Praxis in den Betrieben. Der Girls' Day bietet jungen Frauen, die sich für eine Ausbildung im vielseitigen Handwerk interessieren, die Gelegenheit, vor allem die technischen Berufe kennen zu lernen. Wer clever ist, sollte davon Gebrauch machen. Das ist eine gute Investition in die Zukunft: Qualifizierte Mitarbeiterinnen werden gesucht! Wenn es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht, sind viele Handwerksbetriebe übrigens sehr fortschrittlich und bieten erprobte Lösungen an - für Frauen und Männer.“

Gegendruck

Auf dem Weg den „psychologisch gedrückten Preis“ für akademische Arbeit zu brechen

Wer die Daten und Trends des Arbeitsmarktes für Akademiker kennt, fragt sich, warum es so vielen Unternehmen gelingt, die dringend benötigte und immer knapper werdende Arbeitskraft von Jungakademikern auch kostenlos abzapfen. Viel ist geschrieben und diskutiert worden über die so genannte „Generation Praktikum“. Und es gibt sie ganz offensichtlich wirklich: Die kurzsichtigen „Geiz ist geil“-Arbeitgeber, die die Unsicherheit von Absolventen ausnutzen und sie bei ihrem Übergang aus der Hochschule in den Arbeitsmarkt zu mehr Kompromissen drängen als es ihre Position am Markt eigentlich erfordert.

Dass es sich hierbei um alles andere handelt als um (nachhaltige) ökonomische Rationalität, wird aber inzwischen nicht nur den widerständigsten der Nachwuchsfachkräfte deutlich. Auch seriöse Arbeitgeber formieren sich, um sich durch den öffentlichen Verzicht auf

Lohndrückerei auch künftig für Jungakademiker attraktiv zu halten. Und der Bundesarbeitsminister versucht mit einer Aufklärungskampagne das Seinige beizutragen.

Und so gibt es inzwischen mindestens drei gute Adressen im Internet, die geeignet sind, den erforderlichen Gegendruck zu erzeugen:

- Absolventen vernetzen sich unter der Adresse www.fairwork-Verein.de .
- Seriöse Arbeitgeber werden vom Handelsblatt organisiert unter der Adresse www.Karriere.de/faircompany.
- Und der Bundesarbeitsminister informiert über rechtliche und politische Fragen auf www.GenerationPraktikum.de .

Und Berater in Bildungs- und Berufsfragen kennen natürlich alle drei. 😊

BA informiert mit BRAVO

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) und Deutschlands auflagenstärkste Jugendzeitschrift BRAVO starten ab dem 14. Februar 2007 unter dem Titel „Job-Attacke“ eine Infokampagne rund um Ausbildung und Beruf.

Quelle: Pressemitteilung der Bundesagentur für Arbeit vom 13. Februar 2007

Für die wöchentlich 1,55 Millionen jugendlichen Leser im Alter von 12-19 Jahren gibt es dann in jeder BRAVO-Ausgabe verständliche Tipps zu Bewerbungen, Vorstellungsgesprächen und Berufswahl. Die Berufsberatung ist der "Fitmacher für die Berufsausbildung". "Mit dieser Kooperation geht die Bundesagentur neue kommunikative Wege, um Jugendliche zu erreichen. Gezielte Information und Beratung vor dem Berufseinstieg ist heute wichtiger denn je, damit Jugendliche ihre persönlichen Möglichkeiten früh erkennen und Chancen optimal nutzen können", erklärt Raimund Becker, Vorstand Arbeitslosenversicherung bei der Bundesagentur für Arbeit. "Die Bundesagentur für Arbeit versteht sich als Wegbereiter und zentraler Ansprechpartner bei der Beratung für den Berufseinstieg. Daher begrüßen wir die Aktion von BRAVO nachdrücklich und unterstützen sie von Beginn an."

Die BRAVO leistet so ihren Beitrag, um der Perspektivlosigkeit und Arbeitslosigkeit von Jugendlichen entgegenzuwirken. Dazu BRAVO-Chefredakteur Tom Junkersdorf: "Arbeits-

losigkeit und Hartz IV gehören mittlerweile zur harten Lebenswirklichkeit der Jugendlichen in Deutschland. Als größtes Jugendmagazin Europas fühlen wir hier eine klare Verantwortung, den Jugendlichen Perspektiven zu eröffnen, sie über berufliche Möglichkeiten aufzuklären und sie auf das Leben nach der Schule vorzubereiten. Es ist wichtig, dass Jugendliche sich rechtzeitig mit dem Thema Ausbildung und Job auseinandersetzen und nicht erst am letzten Schultag anfangen. Wir sind froh, mit der Bundesagentur für Arbeit einen sehr starken Partner bei der 'Job-Attacke' an der Seite zu haben."

Ende Januar waren 442.600 junge Menschen unter 25 Jahren in Deutschland arbeitslos. Im letzten September hatten 49.500 Jugendliche keine Ausbildungsstelle gefunden, bis Ende Januar konnten aber 32.100 Jungen und Mädchen doch noch verspätet eine Ausbildung starten oder machen sich bis zum nächsten Ausbildungsstart in Einstiegsqualifizierungen oder schulischen Bildungsangeboten fit.

**Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten
Cornelia Hirsch, Dr. Petra Sitte, Volker Schneider (Saarbrücken),
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE:**

Zukunft der Bildungs- und Berufsberatung

Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 16/4462 vom 1. März 2007, elektronische Vorab-Fassung

Vorbemerkung der Fragesteller

Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Ausdifferenzierung von Bildungs- und Erwerbsbiographien wachsen sowohl Bedarf als auch Anspruch an die Bildungs- und Berufsberatung. Hierauf hat unter anderem der Rat der Europäischen Union in seiner Entscheidung über den Ausbau der Politiken, Systeme und Praktiken auf dem Gebiet der lebensbegleitenden Beratung in Europa hingewiesen (Rats-Dok. 9286/04). Die Europäische Kommission hat in ihrer Mitteilung über lebensbegleitendes Lernen Beratung als Querschnittsthema für die Entwicklung und Umsetzung der Strategien des lebensbegleitenden Lernens auf nationaler Ebene und als vorrangigen Bereich für Maßnahmen auf Ebene der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten bezeichnet (COM(2001)678). Auch der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) betont in seinen Empfehlungen zur Berufsorientierung und Berufsberatung vom Dezember 2005 die „zunehmende bildungs- und gesellschaftspolitische Bedeutung der Berufsorientierung und Berufsberatung“. Öffentliche Berufsberatung wird in Deutschland im Wesentlichen von der Bundesagentur für Arbeit (BA) angeboten. In der letzten Organisationsreform der Bundesagentur spielte das Thema Beratung dennoch keine wesentliche Rolle. Im Rahmen der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages zum Europäischen und Nationalen Qualifikationsrahmen im Dezember 2006 wurde aus den Reihen der Sachverständigen bestätigt, dass der Beratungsbedarf sich sowohl im Bereich der beruflichen als auch im Bereich der Bildungsberatung deutlich erhöht

habe, es zum Umgang hiermit in Deutschland allerdings noch an konkreten Konzepten seitens der verantwortlichen Stellen mangle.

1. a) Welchen Reformbedarf sieht die Bundesregierung im Bereich der Bildungs- und Berufsberatung in Deutschland?

Angebote zur Berufsorientierung und Berufsberatung sollen weiterhin von jedem in Anspruch genommen werden können. Um dies zu gewährleisten, arbeiten die allgemein- und berufsbildenden Schulen sowie die Bundesagentur für Arbeit mit Eltern, Jugendhilfe, weiterführenden Bildungseinrichtungen, Ländern, Wirtschaft (Unternehmen, Verbände, Kammern), Gewerkschaften, Sozialverbänden, Arbeitsgemeinschaften, Kommunen, Hochschulen und Bildungsträgern zusammen. Die Rahmenvereinbarung zwischen Bundesagentur für Arbeit und Kultusministerkonferenz vom 15. Oktober 2004 über die Zusammenarbeit von Schulen und Agenturen für Arbeit bei der Berufsorientierung sieht dies bereits vor. Entsprechend den jeweiligen Erfordernissen obliegt allerdings aufgrund der föderalen Struktur in Deutschland die konkrete Ausgestaltung den Akteuren auf Landes- (Regionaldirektionen der Bundesagentur für Arbeit und Kultusministerien) und der regionalen/lokalen Ebene (Schule/Arbeitsagentur). Der begonnene Weg dieser Zusammenarbeit wird daher konsequent fortgesetzt. Bundesregierung und Bundesagentur für Arbeit messen der Berufsorientierung und Berufsberatung hohe Bedeutung bei. Allein für Berufseinsteiger beschäftigt die Bundesagentur für Arbeit 6 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, vorwiegend mit Beratungs- und Vermittlungsaufgaben. Finanziell unterstützt die Bundesagentur für Arbeit

den Berufseinstieg Jugendlicher an der ersten Schwelle mit rund 3,4 Mrd. Euro jährlich aus Beitragsmitteln, u. a. mit Maßnahmen der vertieften Berufsorientierung an Hauptschulen in Kofinanzierung insbesondere mit Ländern, um die Berufswahlvorbereitung Jugendlicher zu verbessern. Berufsberatung, Berufsorientierung und Ausbildungsvermittlung werden von Jugendlichen und Arbeitgebern in außerordentlichem Maße in Anspruch genommen und akzeptiert. Die Bundesagentur für Arbeit als Hauptakteurin neutraler und mit Beitragsgeldern finanzierter Berufsberatung überarbeitet deshalb im Rahmen des laufenden Reformprozesses zurzeit ihr Beratungsangebot und reagiert damit auf veränderte Rahmenbedingungen. Relevante gesellschaftliche Gruppierungen und Verbände werden eingebunden.

b) Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung aus den in den Vorbemerkungen genannten Dokumenten der EU gezogen oder plant sie zu ziehen?

Die in den genannten Dokumenten enthaltene Einschätzung zur Bedeutung von Berufsberatung und Bildungsberatung wird geteilt. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ist förderndes Mitglied des Nationalen Forums für Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung und engagiert sich bei der Weiterentwicklung der Beratung. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat auf Vorschlag des Nationalen Forums eine Bestandsaufnahme der Bildungs-, Berufs- und Beschäftigungsangebote sowie die Erarbeitung von Vorschlägen zu Qualitätsstandards der Bildungsberatung in Auftrag gegeben. Das Thema „Bildungsberatung“ wird auch im Rahmen des Programms „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“ verfolgt, das 2001 begonnen wurde und Ende 2007 ausläuft. Berufsberatung ist ein zentrales Instrument der beruflichen Information, Perspektivfindung und Integration für junge Menschen beim Übergang von der Schule in das Beschäftigungssystem und für Erwachsene, die sich im Beschäftigungssystem befinden oder dorthin zurückkehren wollen (z. B. aus Arbeitslosigkeit, Erziehungszeiten, etc.). Berufsberatung für alle Zielgruppen

wird von den Arbeitsagenturen als Pflichtleistung nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch in den §§ 3 und 29 ff erbracht. Neuen gesellschaftspolitischen Entwicklungen wurde beispielsweise mit dem § 8b SGB III Rechnung getragen, der umfassende Leistungen für Berufsrückkehrerinnen und Berufsrückkehrer regelt (Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt).

Die vom Rat der Europäischen Union im Mai 2004 verabschiedete Entschließung zur Förderung der lebenslangen Bildungs- und Berufsberatung versteht Beratung als lebensbegleitendes Instrument zur Förderung der eigenständigen Berufs- und Bildungslaufbahn, das durch gezielte Information die Mobilität und Flexibilität der Bürger in Europa unterstützen und zum Erhalt der individuellen Beschäftigungsfähigkeit beitragen soll. Die Bundesagentur für Arbeit unterstützt diesen Prozess nachhaltig, z. B. durch interkulturelle und internationale Arbeitsmarktstudien des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie den Auf- und Ausbau internationaler Beratungs- und Vermittlungsstrukturen (ZAV, EURES, Europäische Berufsberatungszentren, etc.). In der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit fungiert eine Stabsstelle „Internationale Beziehungen“ in Bezug auf internationale Entwicklungen als Multiplikator nach innen und außen. Die Konzeption der lebensbegleitenden Beratung wird von der Bundesagentur für Arbeit unterstützt, die Realisierung ist jedoch nur in Kooperation mit anderen Beratungseinrichtungen möglich. Daher wird das eigene Beratungsangebot profiliert und es werden träger- und bildungsbereichsübergreifende Netzwerke geschaffen, um die heterogene Beratungslandschaft transparenter und effizienter zu machen. Die Vermittlung von Berufslaufbahnkompetenzen sollte beispielsweise bereits in der Schule beginnen.

Die Anpassung der Rahmenvereinbarung mit der Kultusministerkonferenz (KMK) im Jahre 2004 steht für die enge Zusammenarbeit an der ersten Schwelle (Schule – Ausbildung / Studium). Die von der Bundesagentur für Arbeit mitentwickelten und mitgetragenen Empfehlungen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB) zur Berufsorientierung und Be-

rufsberatung tragen ebenso wie das Netzwerk „Wege ins Studium“ dazu bei, junge Menschen beim Übergang in die Berufswelt auf der Basis ihrer individuellen Fähigkeiten und Interessen unter Berücksichtigung arbeitsmarktlicher Entwicklungen zu unterstützen. Dies wird auch durch eine konsequente Weiterentwicklung des Informations- und Medienangebotes der Bundesagentur für Arbeit sichergestellt.

2. a) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Berufsberatung vor dem Hintergrund komplexer werdender Arbeitsverhältnisse, einer Ausdifferenzierung der Erwerbsbiographien und entsprechend steigendem Orientierungsbedarf von Jugendlichen und Erwachsenen in Deutschland deutlich ausgebaut werden muss?

Im Zentrum eines bedarfsgerechten individualisierten flächendeckenden Beratungsangebotes steht aus Sicht der Bundesregierung ein zielgruppenspezifischer lebenslagenorientierter Ansatz, der insbesondere auch auf die verstärkte Nutzung von Synergieeffekten durch Netzwerkbildung von Beratungsinstitutionen (Jugendberufshilfe, freie Träger, Studienberatung, etc.) setzt.

b) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass Bildungs- und Berufsberatung für alle Menschen gebührenfrei zugänglich sein muss?

Die Bildungs- und Berufsberatung im öffentlichen Bereich ist für Ratsuchende kostenlos. Über die Kosten privater Bildungs- und Berufsberatung liegen der Bundesregierung keine Informationen vor.

3. a) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Berufsberatung in den Kompetenzbereich des Bundes fällt und nicht den einzelnen Bundesländern überlassen werden darf? Wenn ja, warum? Wenn nein, warum nicht?

b) Begreift die Bundesregierung die Aufrechterhaltung und den Ausbau der Berufsberatung als Aufgabe der Arbeitslosenversicherung o-

der hält sie vor dem Hintergrund der volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Bedeutung von Beratungsleistungen einen steuerfinanzierten Ausbau für sinnvoll?

Berufsberatung ist – wie bereits ausgeführt – eine Pflichtaufgabe der Agentur für Arbeit, die Teil der Bundesagentur für Arbeit als einer rechtsfähigen bundesunmittelbaren Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung ist. Die Bundesregierung plant keine Veränderung der öffentlichen Berufsberatung, da das flächendeckende Beratungsangebot der Bundesagentur für Arbeit einen optimalen, qualitativ hochwertigen Zugang der Bevölkerung zu beruflichen Beratungsdienstleistungen gewährleistet.

4. Wie beurteilt die Bundesregierung Vorschläge, die Berufsberatung aus der Bundesagentur herauszulösen und in eine eigenständige, bundesunmittelbare Institution zu überführen?

Aufgrund der jahrzehntelangen positiven Erfahrungen mit einer unter dem Dach der Bundesagentur für Arbeit institutionalisierten Berufsberatung, die sich zudem gegenwärtig in einem Erneuerungsprozess befindet, bestehen keine derartigen Überlegungen.

5. Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage von Dr. Sven Schütt, Zentralbereichsleiter „Produkte und Programme“ in der Zentrale der BA, bei der Berufsberatung handele es sich um einen „Luxus“, den wir uns „nicht mehr leisten können“ (vgl. <http://www.dvb-fachverband.de/Nord/DVB-Nord-Regionalinfo-2004-3-2.pdf>)?

Es handelt sich nach Mitteilung der Bundesagentur für Arbeit um ein aus dem Zusammenhang gerissenes Zitat.

6. a) Plant die Bundesregierung, im Laufe dieser Legislaturperiode des Deutschen Bundestages ein Konzept für eine Neustrukturierung der Bildungs- und Berufsberatung in Deutschland vorzulegen?

b) Welche Schritte zu einem Ausbau und zur Reform der Bildungs- und Berufsberatung plant die Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode zu unternehmen?

Im Rahmen des von Frau Bundesministerin Dr. Annette Schavan einberufenen „Innovationskreis Weiterbildung“ befasst sich einer der vier Arbeitskreise mit dem Thema Bildungsberatung und erarbeitet in diesem Rahmen Empfehlungen für die Bundesregierung im Feld der Bildungsberatung.

7. a) Hält die Bundesregierung vor dem Hintergrund der wachsenden Anforderungen an berufliche Beratung die Entscheidung der BA für richtig, die früher selbständige Abteilung „Berufsberatung“ in den Bereich „Produkte und Programme“ einzugliedern und dabei je nach Agenturgröße auf bis zu drei unterschiedliche Organisationseinheiten zu verteilen, obwohl im Bericht der Hartz-Kommission (2002) empfohlen wurde, die Berufsberatung innerhalb der BA als zentrale Organisationseinheit anzusiedeln?

b) Wie bewertet die Bundesregierung vor dem Hintergrund der wachsenden Bedeutung von beruflicher Beratung, dass mit der Einordnung der Berufsberatung in den Bereich „Produkte und Programme“ die Organisationsbezeichnung „Berufsberatung“ innerhalb der BA verschwunden ist?

Die Frage ist ausschließlich von der Bundesagentur für Arbeit zu beurteilen, da sie als Körperschaft des öffentlichen Rechts innerhalb des gesetzlichen Rahmens eigenständig über ihre Organisation zu befinden hat.

8. a) Ist die BA vor dem Hintergrund der geschilderten Entwicklung nach Auffassung der Bundesregierung in der Lage, die Berufsberatung den steigenden Anforderungen gemäß auszubauen und zu reformieren?

Die Bundesagentur für Arbeit hat in den letzten Jahren ihre Reformfähigkeit in verschiedenen Bereichen unter Beweis gestellt. Die Bundesregierung wird die Weiterentwicklung der Berufsberatung durch die Bundesagentur

für Arbeit sorgfältig beobachten und auch über ihre Mitgliedschaft im Verwaltungsrat daran mitwirken.

b) Sind der Bundesregierung bereits Konzepte oder einzelne Schritte der BA bekannt, die dem Ausbau bzw. der Reform der Berufsberatung dienen?

Auf die Antwort zu Frage 1a) wird Bezug genommen.

9. a) Welche Konsequenzen entstehen für Beratungssuchende, die bereits das 25. Lebensjahr erreicht haben, durch die Eingliederung der allgemeinen Berufsberatung innerhalb der Arbeitsagenturen in den Bereich U 25?

b) Hält die Bundesregierung die unter a) genannte Zuordnung vor dem Hintergrund der Aufgaben der Agenturen für Arbeit zur Beratung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über ihre beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten nach SGB III für sinnvoll?

Falls ja, warum?

Falls nein, wie wird die Bundesregierung auf eine Änderung dieser Situation hinarbeiten?

Das Beratungsangebot in der Bundesagentur für Arbeit ist nicht an eine bestimmte Altersgrenze gebunden. Jugendliche und junge Erwachsene werden nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit aus organisatorischen und fachlichen Gründen in einem Team „U 25/Berufsberatung“ betreut. Erwachsene über 25 Jahren werden von Arbeitsvermittlern mit Beratungsaufgaben betreut. Das Tätigkeits- und Kompetenzprofil dieser Fachkräfte ist explizit auch auf Beratungsaufgaben ausgelegt.

10. a) In welchen Bundesländern sind die Übereinkommen des jeweiligen Landes mit der entsprechenden Regionaldirektion der BA bereits überarbeitet worden, seit die BA 2004 eine neue Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen Schule und Berufsberatung mit der KMK abgeschlossen hat?

b) Welche Tendenzen zeichnen sich in der Überarbeitung der einzelnen Übereinkommen in den Ländern ab, und wie werden diese von der Bundesregierung bewertet?

Eine Überarbeitung fand nach Auskunft der Bundesagentur für Arbeit in Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen statt. In Berlin, Brandenburg, Hamburg, Nordrhein-Westfalen ist eine Überarbeitung für 2007 vorgesehen. Die übrigen Länder arbeiten auf der Basis der Rahmenvereinbarung mit der KMK oder länger zurück liegender Ländervereinbarungen. Einheitliche Standards der Über-einkommen beziehen sich auf folgende Aspekte:

Berufsorientierung an Schulen durch die Berufsberatung (zwei Jahre vor Schulabgang), Beratung (auch im Rahmen von Schulsprechstunden), Ausbildungsvermittlung, Schülerpraktika, Einbindung der Eltern/Erziehungsberechtigten, Nutzung von Medien und Selbst-informationseinrichtungen der Bundesagentur für Arbeit sowie regelmäßiger gegenseitiger Informationsaustausch.

Eine starke Betonung liegt auf der regionalen Bildung und Nutzung von Netzwerken mit Partnern und Dritten (Jugendhilfe, Unternehmen, Kammern/Verbänden, etc), z. B. im Rahmen von Betriebserkundungen, Praxistagen, Maßnahmen der vertieften Berufsorientierung nach § 33 SGB III, etc.

Daneben gibt es eine Vielzahl erweiterter Ansätze. Als Beispiele seien genannt:

Berufswahlpass als verbindlicher Bestandteil des Beratungsprozesses (Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein), gegenseitige Teilnahme an Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte und Berufsberater (Niedersachsen), Potenzialanalyse als Instrument der Berufswahlvorbereitung in Haupt- und Förderschulen (Schleswig-Holstein), Erhöhung der Stundenzahl in den Kernfächern Mathematik und Deutsch in Grundschule, Regionaler Schule und Gymnasium sowie Einführung des Unterrichtsfachs Arbeit/Wirtschaft/Technik als Pflichtfach bis Klasse 10 an der Regionalen Schule (Mecklenburg-Vorpommern), einzel-fallbezogener Informationsaustausch im Rahmen der Datenschutzbestimmungen bei erkennbaren Integrationsproblemen (Bayern), Einrichtung von Koordinierungsausschüssen

(Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern).

Die Bundesregierung begrüßt das Engagement der Länder und der Bundesagentur für Arbeit, auf vielen neuen Wegen zur Verbesserung der Berufswahlvorbereitung und der beruflichen Integration junger Menschen beizutragen. Im Ausbildungspakt ist das Augenmerk auch zunehmend auf diesen Bereich gelegt worden.

c) Mit welchen Fragestellungen befasst sich die in der Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen Schule und Berufsberatung benannte Ständige Kontaktkommission, und welche Evaluationsberichte über gemeinsame Maßnahmen zur Berufswahlvorbereitung liegen bereits vor?

Die Ständige Kontaktkommission KMK / Bundesagentur für Arbeit hat sich in der Vergangenheit (mit Ausnahme 2005) jährlich einmal getroffen, um bildungs- und arbeitsmarktpolitische Themen im Hinblick auf gemeinsamen Handlungsbedarf zu erörtern, zum Beispiel:

- Informationen der Bundesagentur für Arbeit zum „Programm zur Verbesserung der Ausbildungschancen junger Menschen“ Maßnahmen der Länder zur Verringerung der Zahl der Schulabgänger ohne Schulabschluss
- Neuausrichtung der Beratung Jugendlicher und der Ausbildungsvermittlung in den Agenturen für Arbeit
- Ausbildungsstellenmarkt und Ausbildungspakt
- Konkretisierung der Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit von Schule und Berufsberatung in den Ländern - Bericht über neue Vereinbarungen in den Ländern

Gemeinsame Maßnahmen zur Berufswahlvorbereitung wurden in der Vergangenheit nicht durchgeführt. Evaluationsberichte liegen dementsprechend nicht vor. Durch den Ausbildungspakt haben sich die Wege und Formen der Zusammenarbeit zwischen KMK und Bundesagentur für Arbeit verbreitert und sind nicht mehr ausschließlich auf die gemeinsame Kontaktkommission begrenzt. Die KMK arbei-

tet in einer Arbeitsgruppe des Paktes „Schule – Wirtschaft“ mit. Dort werden gemeinsam mit den Paktpartnern und der Bundesagentur für Arbeit Vorhaben geplant und umgesetzt. Das Projekt „Schule und Betriebe als Partner – ein Handlungsleitfaden zur Stärkung von Berufsorientierung und Ausbildungsreife“ sowie der „Kriterienkatalog zur Ausbildungsreife“ wurden hier entwickelt und werden aktuell gemeinsam in die schulische Berufswahlvorbereitung eingebracht. Im Sommer 2007 werden vom Bundesministerium für Bildung und Forschung die Ergebnisse des seit über sieben Jahren laufenden Programms „Schule-Wirtschaft/Arbeitsleben“ auf einer Tagung vorgestellt. Das BMBF hat seit 1999 mit dem SWA-Programm eine Maßnahme ausschließlich zur Stärkung der Berufsorientierung aufgelegt, in dem bisher 45 Projekte mit fachlicher Unterstützung der Länder durchgeführt wurden. Laut der wissenschaftlichen Begleitung des Programms sind bald 80 000 Schülerinnen und Schüler in 1 700 Schulen zusammen mit 5 000 Betrieben als Kooperationspartner beteiligt gewesen. Die geförderten Vorhaben zeigen Wege auf, um Berufsorientierung und Ausbildungsreife herzustellen, die weit über herkömmliche Praktika hinausreichen.

11. a) Welche Auswirkungen haben die Anwendung der für die Arbeitsvermittlung entwickelten Software VERBIS bzw. das Fehlen einer auf die speziellen Bedarfe der Berufsberatung zugeschnittenen Software nach Kenntnis der Bundesregierung auf die Berufsberatung?

Das Vermittlungs-, Beratungs- und Informationssystem (VerBIS) hat nach Mitteilung der Bundesagentur für Arbeit die technisch und fachlich nicht mehr anforderungsgerechten getrennten Systeme coArb (Arbeitsvermittlung) und COMPAS (Berufsberatung/ Ausbildungsvermittlung) abgelöst und damit erstmals eine konsolidierte IT-Plattform für alle Beratungs- und Vermittlungsfunktionen bereitgestellt. Die Datenhaltung erfolgt im Gegensatz zu früher in einer zentralen Datenbank mit unterschiedlichen Zugriffsberechtigungen für

alle am Arbeitsmarktgeschehen beteiligten Personengruppen (Arbeitgeber, Arbeitnehmer sowie Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit/ARGE). Der bundesweite Zugriff auf vermittlungsrelevante Kundendaten erhöht die Arbeitsmarkttransparenz. Ein wesentlicher Vorteil des neuen Systems besteht in der einheitlichen und uneindeutigen Datenhaltung. Damit können Doppelerfassungen vermieden und ein für alle mit dem System arbeitenden Mitarbeiter integrierter valider Datenbestand sichergestellt werden. Die für die Berufsberatung und Ausbildungsvermittlung erforderlichen Parameter sind analog zu dem früheren System COMPAS – in teilweise anderer, verbesserter Darstellung – abgebildet. Gerade an der Schnittstelle Ausbildungsvermittlung/Arbeitsvermittlung, die bei einem Teil der Jugendlichen beim Übergang vom allgemein bildenden in das Beschäftigungssystem relevant wird, erweist sich die integrierte Datenhaltung und die vereinheitlichte Abbildung von Bewerber- und Stellenprofilen als großer Vorteil.

b) Ist nach Auffassung der Bundesregierung durch die Anwendung einer nicht speziell auf die Berufsberatung zugeschnittenen Software ein Qualitätsverlust der beruflichen Beratung erfolgt oder zu befürchten?

Nach Mitteilung der Bundesagentur für Arbeit ist diese Frage zu verneinen.

c) Wie wird die unter a) geschilderte Entwicklung von der Bundesregierung beurteilt?

Die Neuentwicklung eines übergreifenden Beratungs- und Vermittlungssystems war nach Mitteilung der Bundesagentur für Arbeit als Anpassung an den technischen Stand der Zeit erforderlich. Die fachliche Konzeption ist darauf ausgerichtet, die Belange der Ausbildungs- und Arbeitsvermittlung zu unterstützen.

12. a) Welche Auswirkungen hat es nach Auffassung der Bundesregierung auf die Qualität der Berufsberatung, dass seit der Organisationsreform der BA potentielle Ausbildungsbetriebe von den Berufsberaterinnen und -

beratern nicht mehr betreut und besucht werden?

In der neuen Organisationsform der Teams U 25/Berufsberatung erfolgt nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit eine klare Zuweisung von Verantwortlichkeiten auf Berufsberater und Berufsberaterinnen (Integrationsverantwortung für Ausbildungsuchende) und Vermittler und Vermittlerinnen (Besetzungsverantwortung für gemeldete Ausbildungsstellen). Dies bedeutet für Berufsberater und Berufsberaterinnen jedoch nicht, dass sie ausschließlich bewerberorientiert arbeiten dürfen. Im Rahmen ihres Vermittlungsauftrages sind auch Arbeitgeberkontakte Bestandteil der Arbeit. Über geeignete Informations- und Kommunikationswege stellen die Teamleiter U 25 in den Agenturen für Arbeit sicher, dass erforderliche berufskundliche, betriebsspezifische und arbeitsmarktbezogene Informationen und Entwicklungen im Austausch mit den Vermittlern laufend kommuniziert werden. Die Qualität der beruflichen Beratung wird daher nach Einschätzung der Bundesagentur für Arbeit durch die Organisationsänderung nicht geschmälert.

b) Welche Auswirkungen hat die unter a) beschriebene Entwicklung auf die Fähigkeit der Berufsberaterinnen und -berater, junge Menschen in Ausbildung zu vermitteln?

Die Fähigkeit der Berufsberater und Berufsberaterinnen zur integrationsorientierten Vermittlung junger Menschen in Ausbildung wird nach Einschätzung der Bundesagentur für Arbeit nicht beeinträchtigt.

c) Welcher Gruppe von Jugendlichen sind die direkten Kontakte der Berufsberaterinnen und -berater mit den Ausbildungsbetrieben in der Vergangenheit insbesondere zu Gute gekommen?

Eine personen- oder branchenspezifische Differenzierung ist nach Angaben der BA empirisch nicht belegbar.

d) Wie wird die unter a) beschriebene Entwicklung von der Bundesregierung beurteilt?

Die Bundesagentur für Arbeit sieht in der gegenwärtigen Aufgabenbeschreibung für Beratungs- und Vermittlungsfachkräfte die Chance, beide Marktseiten adäquater zu „bedienen“ als in der Vergangenheit und damit den Ausgleich auf dem Ausbildungsmarkt weiter zu verbessern.

13. a) Welchen Personalschlüssel (Ratsuchende pro Beratungsfachkraft) hält die Bundesregierung für die Berufsberatung für angemessen?

b) Wie viele Ratsuchende werden derzeit im Schnitt von einer Beratungsfachkraft betreut? Wie hat sich dieser Personalschlüssel und wie haben sich die absoluten Anzahlen von Ratsuchenden und Beratungsfachkräften (bitte aufschlüsseln nach voll- oder teilweise in der Berufsberatung eingesetzten Fachkräften) in den letzten Jahren verändert?

Aus Sicht der Bundesagentur für Arbeit ist der entscheidende Faktor bei der Beratung und Vermittlung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, dass jede und jeder Einzelne das erforderliche individuelle Maß an Betreuung erfährt. Insofern lässt sich die Frage einer angemessenen Betreuung nicht allein auf einen Personalschlüssel reduzieren. Vielmehr ist es erforderlich, dass durch sinnvolle organisatorische Regelungen und eine fachlich-inhaltlich tragfähige Konzeption von Beratung gewährleistet wird, dass Ratsuchende die für ihre Beratung und Integration notwendige Betreuung erfahren. Dies strebt die Bundesagentur für Arbeit mit der derzeit konzipierten Neuausrichtung der Berufsberatung und der Einführung von Handlungsprogrammen für die Ausbildungsvermittlung an. Aufgrund des Unterschieds zur Arbeitsvermittlung – insbesondere durch den Jahresrhythmus – können die Betreuungsrelationen in diesen Bereichen nicht verglichen werden. Die derzeitige personelle Ausstattung liefert dafür eine entsprechende Basis. Der Personalschlüssel bei der Bundesagentur für Arbeit stellt sich im Bereich Berufsberatung für den Zeitraum

1999/2000 bis 2005/2006 wie folgt dar – die in der Gegenüberstellung berücksichtigten Fachkräfte sind ausnahmslos im Bereich Berufsberatung angesetzt gewesen:

Beratungsfachkraft: Ratsuchende

Berichtsjahr 1999/2000 1 : 670

Berichtsjahr 2005/2006 1 : 594

Dabei ist zu berücksichtigen, dass aufgrund organisatorischer Veränderungen im Zusammenhang mit der Einführung des „Kundenzentrums der Zukunft“ (KuZ) eine absolute Vergleichbarkeit der Betreuungsrelationen nicht aussagekräftig ist.

14. a) Welche Bedeutung misst die Bundesregierung im Rahmen der Berufsberatung dem Ziel zu, alle Jugendlichen darin zu fördern, eine geregelte Berufsausbildung anzustreben und abzuschließen?

Ein beruflicher Abschluss für möglichst jeden jungen Menschen hat absolute Priorität. Deshalb ist es eine zentrale Aufgabe der Berufsberatung, gemeinsam mit den Familien, dem Bildungswesen und der Wirtschaft zur Erreichung dieses Zieles beizutragen. Im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags kommt die Bundesagentur für Arbeit diesem Auftrag durch das Angebot von Berufsorientierung, Berufsberatung, Ausbildungsvermittlung sowie ausbildungsfördernden Leistungen in erheblichem Umfang nach.

b) Wie ist es nach Auffassung der Bundesregierung mit dem Grundrecht der Berufswahlfreiheit zu vereinbaren, wenn Jugendliche, die in Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II leben, von den örtlichen Job-Centern entgegen ihrem Wunsch nicht in eine Ausbildung, sondern vorrangig in Arbeit vermittelt werden?

Bisher liegen der Bundesagentur für Arbeit keine Erkenntnisse über eine entsprechende Vermittlungs-/Integrationspraxis von AR-GEN/Job-Centern vor. Die Bundesagentur für Arbeit gibt mit einem „8-Punkte-Plan“ sowie einem „Leitfaden zur Ausbildungsuche von Jugendlichen unter 25 Jahren im Rechtskreis SGB II“ der Einmündung Jugendlicher in Ausbildung entsprechend der gesetzlichen Zielsetzung des SGB II den Vorrang. Soweit hilfebedürftige Jugendliche (Ausbildungs-) Berufe favorisieren, bei denen eine Einmündung wegen des sehr eingeschränkten Ausbildungsmarktes praktisch nicht realisierbar erscheint oder für die der Jugendliche aufgrund fehlender schulischer Kenntnisse, psychologischer Leistungsmerkmale oder gesundheitlicher Einschränkungen usw. nicht geeignet erscheint, kann von jugendlichen Hilfebedürftigen erwartet werden, dass sie bereit sind, berufliche Alternativen in ihre Wahlentscheidung einzubeziehen. Aber auch hier steht Ausbildung und Qualifizierung im Vordergrund.

Stiftung Warentest erteilt KURSNET die Note „gut“

*Quelle: Pressemitteilung der Bundesagentur
für Arbeit vom 14. März 2007*

KURSNET, die Datenbank der Bundesagentur für Arbeit (BA) für berufliche Aus- und Weiterbildung, wurde von der Stiftung Warentest mit dem Qualitätsurteil "gut" bewertet.

KURSNET ist mit fast 600.000 Veranstaltungen und rund 6 Millionen Seitenzugriffen pro Monat bundesweit die größte Datenbank für Aus- und Weiterbildung. KURSNET ist das zentrale Informationsmittel für Arbeitssuchende und Bildungsinteressierte. Tagesaktuelle Informationen können unter www.kursnet.arbeitsagentur.de kostenlos abgerufen werden. Direkte Links innerhalb der Bildungsangebote auf die Homepages der Bildungsanbieter führen zu ergänzenden Informationen.

Auch Unternehmen nutzen KURSNET für die Personalentwicklung ihrer Mitarbeiter und Arbeitnehmer für die eigene Karriereplanung. Für Berater und Vermittler in den Agenturen für Arbeit ist KURSNET eine wichtige Arbeitsgrundlage und ein unverzichtbares Arbeitsinstrument.

Bereits zum zweiten Mal nach 2003 testete die Verbraucherschutzorganisation Stiftung Warentest insgesamt 25 regionale und überregio-

nale Weiterbildungsdatenbanken. KURSNET hat dabei im aktuellen Test noch bessere Ergebnisse als 2003 erzielt. Besonders positiv mit jeweils Note 1,9 wurden die Kategorien „Suchen und Eingrenzen“ und die „Bedienbarkeit“ bewertet.

Die Suchmöglichkeiten sind vielfältig. Neben einer Freitextsuche stehen weitere Suchkriterien wie beispielsweise nach der "Förderung mit Bildungsgutschein" sowie nach "Beginn" und "Dauer" einer Bildungsveranstaltung zur Verfügung. Einzigartig ist die Suche über den Ausgangsberuf: Wählt man einen Beruf aus, werden alle darauf abgestimmten Anpassungs- und Aufstiegsfortbildungen angezeigt. Natürlich können Bildungsinteressenten die Suchanfragen auch regional und thematisch eingrenzen.

Bildungsanbieter können ihre Angebote über verschiedene Bearbeitungswege in KURSNET einpflegen. Neben der Möglichkeit, die Daten selbst online einzugeben oder redaktionell eingeben zu lassen, steht seit kurzem auch eine Schnittstelle zum elektronischen Datenaustausch zur Verfügung. Interessierten Bildungsanbietern wird eine inhaltliche und technische Beratung durch eine Hotline sowie per E-Mail (KURSNET@arbeitsagentur.de) angeboten.

Literaturhinweise

Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt. Eine Analyse von Beständen und Bewegungen

IAB-Forschungsbericht Nr. 04/2007

Kurzbeschreibung der Autoren:

Jugendliche sind auf dem Weg ins Erwerbsleben mit einer Reihe von Arbeitsmarktübergängen konfrontiert. Der Arbeitsmarkt für Jugendliche ist durch zahlreiche Arbeitslosigkeitsphasen mit vergleichsweise kurzen Dauern und einer Vielzahl arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen geprägt. Um die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit für die betroffenen Jugendlichen sowie für die gesamte Gesellschaft möglichst gering zu halten, lässt sich an den Arbeitsmarktübergängen ansetzen. Wie hohe

und tendenziell steigende Arbeitslosenquoten und Maßzahlen zur Betroffenheit belegen, bereiten diese Übergänge vielen Jugendlichen Schwierigkeiten. Andererseits bieten Arbeitsmarktübergänge nicht nur Risiken, sondern auch Chancen, die es zu nutzen gilt. Eine vergleichende Analyse der Bestände und Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt zeigt für Jugendliche eine wesentlich höhere Arbeitslosendynamik und eine bedeutend geringere Beschäftigungsstabilität als unter den übrigen Erwerbspersonen.



*Die Studie von Thomas Rothe und Stefanie Tinter
hat 56 Seiten und kann kostenlos aus dem Internet geladen werden unter der Adresse:
<http://doku.iab.de/forschungsbericht/2007/fb0407.pdf>*

Neue Analysen zu den Arbeitsmärkten für Sozialwissenschaftler, Marketingexperten und Gesundheitsberufe

In der Reihe „Arbeitsmarkt-Information für qualifizierte Fach- und Führungskräfte“ gibt es zwei Neuerscheinungen:

1. „Sozialwissenschaftliche Berufe“:

Thematisch geht es um die Entwicklung der Studierenden- und Absolventenzahlen, die beruflichen Optionen von Absolventen am Arbeitsmarkt im In- und Ausland im Allgemeinen und von Bachelor-Absolventen im Besonderen, Anforderungen der Arbeitgeber, Existenzgründung, Tipps zur Stellensuche und Bewerbung, Bewerberprofile; zahlreiche Interviews und Grafiken lockern den Text auf.

2. „Marketing - Einstieg und Karriere“:

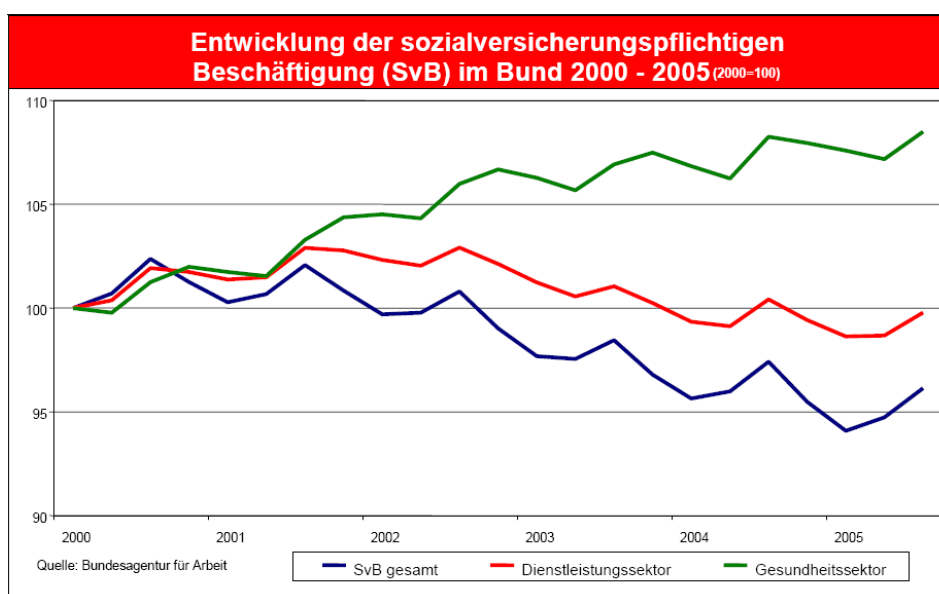
Neben einem kurzen Überblick über die Arbeitsmarktlage geht es im Schwerpunkt darum, die Möglichkeiten und Voraussetzungen des Berufseinstiegs und der beruflichen Karriere am Beispiel konkreter Tätigkeiten wie Produktmanager, Marketingreferent oder

Marktforscher zu zeigen. Hinweise zu Bewerbung und Rekrutierung ergänzen das inhaltliche Angebot.

Beide Veröffentlichungen sind im Webshop der BA online zum kostenlosen Lesen und Downloaden zu finden. Printexemplare können auch auf dem Versandweg bezogen werden: www.ba-bestellservice.de, Stichwörter „Sozialwissenschaft“ oder „Marketing“.

3. „Gesundheits- und Pflegeberufe in Deutschland“

Eine Längsschnittbetrachtung des Arbeitsmarktes für Gesundheitsberufe für die Jahre 2000 bis 2006 kann über die unten stehende Adresse aus dem Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit geladen werden. Darin findet sich unter anderem das folgende Schaubild, das die sehr deutlich überdurchschnittliche Beschäftigungsentwicklung in diesem Berufsbereich verdeutlicht:



Pressemeldungen

Quelle: *Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 30. März 2007*
www.WAZ.de

Wo sind bloß die Ausbildungsplatz-Bewerber geblieben?

Von Malte Hinz

Lünen/Selm. „Die große Frage ist wirklich: Wo sind sie geblieben?“ Werner Schickentanz, Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Dortmund, suchte gestern bei der Vorstellung der Halbzeitbilanz des Lünener Ausbildungsmarktes, Lehrstellenbewerber.

Deren Zahl ist nämlich innerhalb eines Jahres um 206 oder satte 22,9 Prozent zurück gegangen. Die selbst den erfahrenen Schickentanz irritierenden Zahlen: Ende März dieses Jahres zählte die Agentur-Geschäftsstelle Lünen 692 Bewerber um Ausbildungsstellen, im März 2006 waren es noch 898; die Zahl der Neubewerber also der aktuellen Schulabgänger sank im gleichen Zeitraum sogar um 34,2 Prozent, die der sogenannten Altbewerber um exakt 10 Prozent; und schließlich ging auch noch die Anzahl der gemeldeten Berufsausbildungsstellen um 14,1 Prozent auf 219 zurück.

Werner Schickentanz gestern in Lünen: "Die Bewerberzahlen korrespondieren in keiner Weise mit denen der Schulabgänger." Bei denen seien zwar auch Rückgänge zu registrieren, allerdings längst nicht in dem Umfang wie

bei den Bewerbern um Ausbildungsstellen. "Wir können die Zahlen letztendlich nicht erklären."

Trotz "aller Ungewissheit" sieht der Agentur-Chef eine "spürbare Entlastung auf dem Ausbildungsmarkt und gute Chancen für Altbewerber", endlich zum Zuge zu kommen. Allerdings müsse man schon sehr genau auf die Entwicklung der kommenden Monate schauen, ob sich "dieser Trend" fortsetzt. Das Ausbildungsstellen-Angebot, so Schickentanz, sei im Moment "noch nicht so toll" - es werde sich aber angesichts der anziehenden Konjunktur im Laufe des Jahres "deutlich verbessern". Durch intensivere Akquise von Lehrstellen, aber auch durch Angebote, die die Agentur für Arbeit selbst über Sonderprogramme und -projekte initiiert. So kündigte Michael Stechele, Agentur-Geschäftsführer "Operativ", 500 Plätze (Kosten: 800 000 Euro) für ausbildungsbegleitende Hilfen im Agentur-Bezirk an, ebenso 900 Plätze (5 Millionen Euro) in berufsvorbereitenden Maßnahmen und 400 Ausbildungsplätze (4,5 Millionen Euro) bei außerbetrieblichen Trägern an. Das werde, so Stechele, die Situation auf dem Ausbildungsmarkt bis zum Jahresende zusätzlich entspannen.

Quelle: Handelsblatt vom 30. März 2007
www.Handelsblatt.com

Leichte Entspannung am Lehrstellenmarkt

Unternehmen bieten deutlich weniger Plätze an - Bundesbildungsministerin plant Spezialprogramm für 155 000 Altbewerber

Von Barbara Gillmann

Auf dem Lehrstellenmarkt deutet sich eine leichte Entspannung an. Zur Halbzeit des Berufsausbildungsjahres Ende März war die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage um 23 000 Plätze kleiner als vor einem Jahr, berichtete die Bundesagentur für Arbeit (BA). Seit Oktober 2006 haben sich knapp 510 000 Bewerber gemeldet, das sind fast sieben Prozent weniger als im Vorjahr. Die Zahl der angebotenen Plätze sank um vier Prozent auf 314 000. Das lag einzig und allein am Rückgang der betrieblichen Plätze, denn die staatlich finanzierten sind sogar deutlich gestiegen. Für eine Einschätzung der weiteren Entwicklung sei es jedoch noch zu früh, sagte BA-Chef Frank-Jürgen Weise.

IG Metall-Vorstandsmitglied Regina Görner nannte es jedoch "besorgniserregend", dass die Betriebe bis Ende März nur noch knapp 300 000 Lehrstellen angeboten haben - sechs Prozent weniger als 2005/2006. "Die Wirtschaft kann den drohenden Fachkräftemangel nur verhindern, wenn sie jetzt anfängt, zusätzlich auszubilden", sagte sie dem Handelsblatt. "Viele Betriebe unterschätzen den künftigen Bedarf notorisch - auch weil sie sich zunehmend auf Leiharbeiter verlassen".

Ein wachsendes Problem am Lehrstellenmarkt sind die vielen Altbewerber, die in den Vorjahren leer ausgegangen sind. Bundesweit gibt es rund 155 000 Jugendliche, die bereits die Schule verlassen, aber noch immer keine Lehrstelle gefunden haben. Das geht aus einem Eckpunktepapier des Bundesbildungs-

nisteriums hervor, das dem Handelsblatt vorliegt. Auch in den kommenden Jahren werde es "keine Entwarnung beim Altbewerberproblem" geben, da auf Jahre hinaus nicht weniger Jugendliche die Schulen verlassen. 60 Prozent der Altbewerber haben Realschulabschluss oder Abitur. Mindestens ein Drittel jedoch "hat ohne Unterstützung nur noch minimale Chancen", weil sie etwa einen zu schlechten oder gar keinen Abschluss haben, heißt es in dem Papier.

Um zumindest die "leichter vermittelbaren" unter den Altbewerbern zu versorgen, plant Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) eine spezielle Förderung: Sie sollen in zehn Berufen so genannte "Ausbildungsbausteine" absolvieren können, die ihnen den Weg in eine reguläre Ausbildung bahnen. Wie diese Bausteine aussehen könnten und wie viel Geld der Bund zuschießt, soll bis August geklärt werden. Die Organisation vor Ort sollen die Kammern oder andere Akteure übernehmen.

Die IG Metall warnt jedoch vor fehlgeleitetem Aktionismus: "Entscheidend ist, dass die Jugendlichen am Ende tatsächlich mehr Chancen haben", sagte Görner, die Mitglied im "Innovationskreis Berufliche Bildung" bei Schavan ist. Statt auf Bundesebene langwierig Berufe und Ausbildungsbausteine zu definieren, solle man es im Rahmen des Modellversuches regionalen Akteuren in Kooperation mit Betrieben überlassen, welche Teilausbildungen sinnvoll seien. Das betreffe etwa Betriebe, die zu spezialisiert sind, um eine Vollausbildung anzubieten. "Dann geht das auch viel schneller", sagte Görner.

Veranstaltungshinweise

Professionelle Arbeit in der Bildungs- und Berufsberatung braucht die ständige Fortbildung in einem breiten Spektrum methodischer, wirtschafts- und berufskundlicher sowie bildungs- und sozialpolitischer Themen. Deshalb sollen

entsprechende Veranstaltungshinweise besonders auch hierfür Anregungen geben. Auch hier – wie in allen anderen Rubriken der iBB – sind Hinweise und Beiträge aus der Leserschaft herzlich willkommen. (K.K.)

12. bis 14. September 2007 in Düsseldorf

5. BIBB-Fachkongress

„Zukunft berufliche Bildung: Potenziale mobilisieren – Veränderungen gestalten“

23.-24. November 2007 in Mainz

**Die Zukunft der Beratung – zur gesellschaftlichen Bedeutung von Beratung
Tagung**

Veranstalterin: DGfB – Deutsche Gesellschaft für Beratung e.V.

Termin: Freitag, 23. November 2007 bis Samstag, 24. November 2007

Ort: Mainz

Impressum

verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Karl-Heinz P. Kohn

Adresse der Redaktion:
iBB@Kohnpage.de

Die Zeitschrift wird kostenlos als PDF-Dokument zur Verfügung gestellt.

Die Anmeldung zum Abonnement kann durch eine E-Mail (auch leer) an folgende Adresse erfolgen:
iBB-Zeitschrift-subscribe@yahoogroups.de

Am 9. April 2007 verzeichnen die *iBB*

1.100

Abonnentinnen und Abonnenten,

Die Einsendung von Beiträgen ist willkommen.
Veröffentlichung vorbehalten.

Die *iBB* sind eine ehrenamtliche Dienstleistung für Beraterinnen und Berater.
Honorar kann deshalb nicht gezahlt werden.

Bei Leserbriefen geben Sie bitte an, ob Sie mit einer Veröffentlichung einverstanden sind.

Die dokumentierten Beiträge geben nicht immer die Position der Redaktion wieder. Für die Inhalte tragen die Autorinnen und Autoren und die zitierten Medien die Verantwortung.

Leider kann es aus redaktionsökonomischen Gründen nicht durchgängig gelingen, alle dokumentierten Beiträge an die aktuelle deutsche Rechtschreibung anzupassen. Die *iBB* appellieren an alle Autorinnen und Autoren, im Interesse unserer Kinder die bildungsbürgerlich eingebaute Abendlandskritik abzulegen und die aktuelle Rechtschreibung zu erlernen und anzuwenden.

Die *iBB* im Internet:
www.Kohnpage.de/iBB

Die *iBB* sind eine Reaktion auf die bedrohlich schwindenden Ressourcen, die von der öffentlichen Hand für die Bildungs- und Berufsberatung zur Verfügung gestellt werden. Um etwas mehr gegen diese Bedrohung und für eine weiterhin engagierte Beratung jugendlicher und erwachsener Berufswähler zu tun, empfiehlt die Redaktion die Mitgliedschaft und Mitarbeit im *dvb* –



Deutscher Verband für Bildungs- und Berufsberatung e.V. Dieser Interessenverband wurde vor 50 Jahren gegründet. Vielleicht war er nie so wichtig wie heute.



Über die umfangreiche Arbeit der Kolleginnen und Kollegen im *dvb* kann man sich im Internet informieren unter:

www.dvb-Fachverband.de .